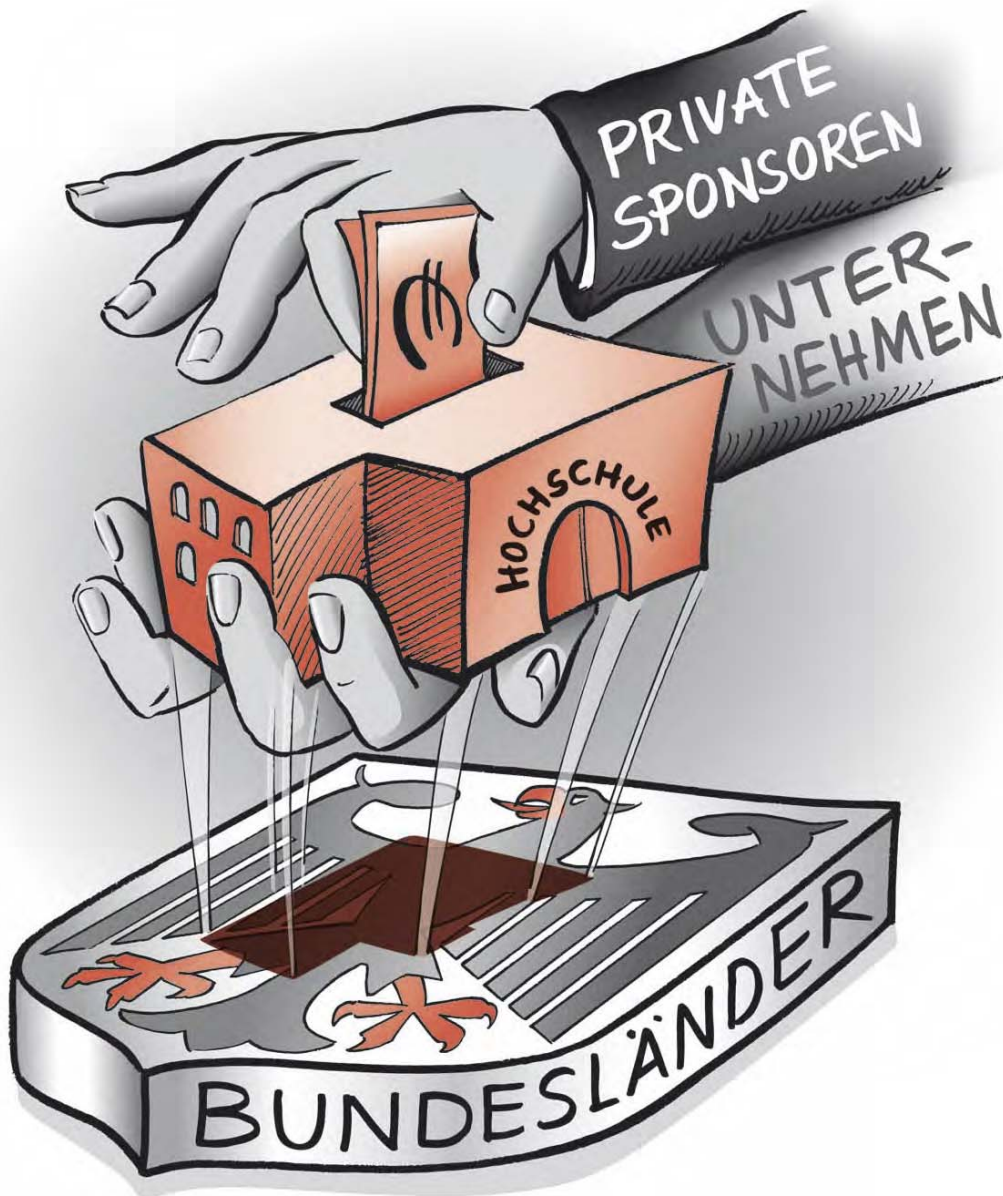


## Privatisierungsreport – 6

### Schöne neue Hochschulwelt



**Impressum**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Hauptvorstand  
Verantwortlich: Dr. Andreas Keller, Ulf Rödde (V.I.S.d.P.)  
Autor: Matthias Holland-Letz  
Redaktion: Sarah Holze  
Reifenberger Str. 21  
60489 Frankfurt  
069/78973-0  
Fax: 069/78973-202  
E-Mail: [info@gew.de](mailto:info@gew.de)  
[www.gew.de](http://www.gew.de)

Illustration: Katja Rosenberg  
Gestaltung und Satz: Jana Roth  
Druck: Druckerei Leutheußer

ISBN: 978-3-939470-21-2

Artikel-Nr.: 1263

April 2008

Die Broschüre erhalten Sie im GEW-Shop ([www.gew-shop.de](http://www.gew-shop.de), E-Mail: [gew-shop@callagift.de](mailto:gew-shop@callagift.de), Fax: 06103-30332-20), Mindestbestellmenge; 10 Stück, Einzelpreis 2,00. Preise zzgl. Verpackungs- und Versandkosten von zurzeit 6,96 Euro brutto.

Einzelexemplare können Sie anfordern unter: [broschueren@gew.de](mailto:broschueren@gew.de), Fax: 069/78973-70161. Preis: 2,70 Euro inklusive Versandkosten.

---



# Privatisierungsreport – 6

## Schöne neue Hochschulwelt

---

<b>Vorwort</b>	5
<b>1. Worum es geht</b>	11
<b>2. Der Abschied vom Humboldtschen Bildungsideal</b>	13
<b>3. Die Uni als Unternehmen</b>	29
<b>4. Stifter und Sponsoren: Der Einfluss der Privaten</b>	39
<b>5. Von Milliardären und Heuschrecken</b>	49
<b>6. Die Strippenzieher</b>	55
<b>7. Was die GEW fordert</b>	67

**GEW-Links**

**GEW-Adressen**

**Mitgliedsantrag**

---

## Vorwort

---

Wie andere Bildungsbereiche sind auch die Hochschulen einem massiven Privatisierungsdruck ausgesetzt. Dabei geht es keineswegs nur um die Versuche zur Gründung neuer Privathochschulen, die teilweise kläglich scheitern. Viel ernster zu nehmen ist die Umstrukturierung der staatlichen Hochschulen selbst, die Schritt für Schritt dem Leitbild „unternehmerische Hochschule“ angepasst werden.

Die Ton angehenden Reformer in Bund und Ländern, im Wissenschaftsrat sowie im von der Bertelsmannstiftung und der Hochschulrektorenkonferenz gemeinsam getragenen Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) zielen auf eine Umwandlung von Hochschulen in Dienstleistungsunternehmen ab. Als Unternehmen haben die Hochschulen ihre Produkte – Forschungsleistungen sowie die Aus- und Weiterbildung von Studierenden – auf dem Markt an kaufkräftige Nachfrager abzusetzen: an zahlungskräftige Forschungsauftraggeber und Investoren, Stifter und Sponsoren – und an Studierende, die fürs Studieren zur Kasse gebeten werden und Gebühren entrichten müssen.

Hochschulbildung wird so zur Ware, der Zugang zu ihr wird über Portmonee gesteuert. Studiengebühren sind unsozial, da sie ein Studium von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Einzelnen abhängig machen. Bereits heute entscheiden soziale Herkunft und Einkommens- und Vermögensverhältnisse, ob und wie lange ein Mensch studieren kann. Die Einführung von Studiengebühren verstärkt die bestehenden Ungleichheiten im Bildungssystem noch, da sich nicht jeder verschulden kann oder will. Der kapazitätsbedingte Numerus Clausus wird um einen sozialen Numerus Clausus erweitert. Dabei ist Deutschland schon heute Weltmeister in sozialer Auslese: Akademische Bildung wird in Deutschland vererbt. Nach der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks studieren zwar 83 von 100 Kindern aus Akademikerfamilien, aber nur 23 von 100 Kindern aus Familien von Nichtakademikern.

---

Pendant zur Marktpositionierung der Hochschulen ist die Umstrukturierung ihrer Binnenstruktur nach dem Vorbild eines Wirtschaftsunternehmens. Die jüngsten Landeshochschulgesetznovellen reduzieren die von den Hochschulmitgliedern gewählten Kollegialorgane auf beratende Funktionen oder schaffen sie gleich ganz ab. Alle wesentlichen Kompetenzen, insbesondere in Haushaltsfragen, werden bei den Leitungsorganen – Präsidien und Dekanate - konzentriert. Dieser Prozess stellt nicht nur das Prinzip der Gruppenhochschule, sondern das der Hochschulselbstverwaltung als solches in Frage – auch die Professorinnen und Professoren sollen künftig nicht mehr viel mitzureden haben.

Doch damit nicht genug. Den autokratischen Leitungsorganen der Hochschulen werden zusätzlich hochschulexterne Aufsichtsorgane zur Seite gestellt: Hochschulräte, denen unabhängige „Persönlichkeiten“ aus Wissenschaft und Wirtschaft angehören, sollen die Richtung der künftigen Hochschulentwicklung vorgeben oder sogar die Hochschulleitung bestimmen. An den baden-württembergischen Hochschulen wurden die Hochschulräte konsequenterweise nach dem Muster einer Aktiengesellschaft bereits in „Aufsichtsrat“ umbenannt, die Hochschulleitung heißt „Vorstand“ und der Präsident oder Rektor firmiert als „Vorstandsvorsitzender“.

Es ist kein Zufall, dass häufig Vertreter der örtlichen Industrie in Hochschulräte berufen werden. Jedes dritte externe Hochschulratsmitglied ist ein Unternehmensvertreter, nur drei Prozent repräsentieren die Gewerkschaften – das ist das Ergebnis einer soeben veröffentlichten Studie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Ruhr-Universität Bochum. Ein einseitig mit Unternehmern besetztes Aufsichtsorgan passt nicht zu einem öffentlichen Hochschulwesen, das staatlich finanziert wird. Die Hochschulräte verkörpern einen Paradigmenwechsel, der die Verantwortung für die Hochschulentwicklung weder beim



---

Staat noch bei der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, sondern bei Dritten ansiedelt. Hochschulräte befördern somit letztlich eine institutionelle Privatisierung der Hochschulen.

In diesen Zusammenhang ist schließlich auch die Diskussion um die Änderung der Rechtsform der Hochschulen einzuordnen. Die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main ist zum 1. Januar 2008 in eine Stiftungsuniversität umgewandelt worden. Am Ende der Rechtsformdiskussion könnte die Privatisierung der staatlichen Hochschulen stehen – ein Schicksal, das die hessischen Universitätsklinika bereits ereilt hat.

Folge dieser Entwicklung ist eine bundesweite Zersplitterung der Tariflandschaft für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Der Flächentarifvertrag wird immer löchriger: Berlin und Hessen sind bereits aus dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) ausgeschert. In Verbindung mit dem Sonderarbeitsrecht für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, welches das neue Wissenschaftszeitvertragsgesetz festschreibt, haben wir es mit einer neuen Deregulierung und Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse im Wissenschaftsbereich zu tun. Die Mehrheit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ohne Professur hat befristete Verträge, mit immer kürzeren Laufzeiten, häufig in Verbindung mit einer Halbierung oder gar Drittelung und Viertelung von Stellen. Viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verdingen sich als scheinselfständige Lehrbeauftragte – gegen Honorare, die nicht ansatzweise Existenz sichernd sind.

Der vorliegende Privatisierungsreport, den Matthias Holland-Letz recherchiert und verfasst hat, zeigt an konkreten Beispielen auf, wie sich die Hochschulen verändern und welche Auswirkungen die „schöne neue Hochschulwelt“ für Lernende und Lehrende hat. Viele Lese-

---

rinnen und Leser werden wiedererkennen, was sie selbst erfahren, anderen wird erstmals die Dimension deutlich werden, die die gegenwärtige Umstrukturierung von Universitäten und Fachhochschulen erreicht. Mit der Veröffentlichung des Reports möchten wir zum Nachdenken anregen – und zum Handeln.

Der Trend zur Privatisierung von Forschung, Studium und Lehre ist eine Herausforderung für alle Hochschulangehörigen, für Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die GEW, die Bildungsgewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund, stellt sich dieser Herausforderung. Wir organisieren Mitglieder in allen Bildungsbereichen von der Kita bis zur Volkshochschule, darunter auch viele Kolleginnen und Kollegen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen – Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler und alle Studierenden, die einen Beruf in Erziehung und Wissenschaft anstreben. Und wir unterstützen alle, die sich gegen die Privatisierung von Bildung und Wissenschaft wehren. Der Staat darf sich nicht aus seiner Verantwortung stehlen!

**Dr. Andreas Keller**

Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW

Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung

---

---

## **I. Worum es geht**

---

**„Wir wollen auf den Boykott der Studiengebühren aufmerksam machen“. Kathrin steht mit zwei Studienkolleginnen an einem Tisch im Gebäude der Erziehungswissenschaftlerinnen. Sie backen „Boykott-Waffeln“. Bestreut mit Puderzucker, verteilt Kathrin das leckere Gebäck gegen eine Spende. Dazu gibt's Infos zur Aktionswoche.**

**Es ist der 5. Dezember 2007. An der Uni Hamburg mobilisieren Hochschulgruppen, Fachschaftsräte und „GEW-Studigruppe“ – damit das Land die frisch eingeführten Studiengebühren wieder abschafft.**

„Hochschulen sind keine Marktunternehmen!“<sup>61</sup> Das erklären Professoren und Dozenten in der Beilsteiner Erklärung von 2006. Sie protestieren gegen Bildungspolitiker, die Unis und Fachhochschulen (FHs) zu kommerziell ausgerichteten Dienstleistern umbauen. Das führe zu „kultureller Verarmung“. Forschung und Lehre „frei und zum Wohl der Allgemeinheit zu betreiben“, finde immer weniger statt. Unterzeichnet haben Hochschullehrerinnen und -lehrer aus Heilbronn, Mannheim, Wuppertal, Dortmund, aus der Schweiz, Ungarn und den USA.

Zwei Beispiele von vielen. Studierende, Dozenten und Bildungsinteressierte wehren sich. Ihnen missfällt vieles: Das Bezahlstudium. Der neoliberale Umbau der Hochschule zum Bildungsanbieter, der wie ein Unternehmen geführt wird. Der Einzug von Marktgesetzen wie Angebot und Nachfrage, von Wettbewerb. Der wachsende Einfluss großer Aktiengesellschaften auf Unis und Fachhochschulen. Die Gestaltung der neuen Bachelor- und Master-Studiengänge. Die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen von Lehrbeauftragten und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen...

---

Kaum ein anderer Bildungsbereich wird derzeit so grundlegend umgebaut. Doch eine öffentliche Diskussion gibt es nur am Rande, wenig wahrgenommen von Menschen außerhalb der Unis und FHs. Von dieser Entwicklung – und vom Widerstand gegen den neoliberalen Paradigmen-Wechsel – handelt der vorliegende Privatisierungsreport Nummer 6.

**„Die Kommission ist sich auch bewusst, dass die von ihr empfohlenen Reformschritte eine Reihe schmerzhafter Entscheidungen notwendig machen...“<sup>2</sup>**

Klaus von Dohnanyi (SPD), Vorsitzender der Kommission zur Strukturreform der Hamburger Hochschulen („Dohnanyi-Kommission“), im Jahr 2003

### **Quellen**

- 1 <http://beilsteinerkreis.hs-heilbronn.de/#WerWirSind>
- 2 Vorwort des Abschlussberichts der „Dohnanyi-Kommission“, zum Download unter: [www.erzwiss.uni-hamburg.de/Inst01/dohnanyi.pdf](http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Inst01/dohnanyi.pdf)

## 2. Der Abschied vom Humboldtschen Bildungsideal

### 2.1 *Wie es dazu kam*<sup>3</sup>

„Alma Mater, bleiche Mutter“. Seit Jahrzehnten gäbe es dieselbe Klage, schreibt Adam Sobocynski in DIE ZEIT: „Die Studenten zu alt, zu orientierungslos, zu viele brechen ihr Studium ab.“ Zudem, ergänzt der Journalist, seien Dozenten unmotiviert, die Verwaltung überfordert. Die besten Forscher übersiedelten ins Ausland, Spitzenforschung sei rar. „Kurzum: die ehemals ruhmreiche deutsche Hochschule ist krank“.

Spätestens im Jahr 1999 begann der Umbau. Inzwischen, so Adam Sobocynski, sei die Universität „vermutlich die größte Reformwerkstatt der Republik“. Preußens Bildungsreformer Wilhelm von Humboldt (1767 bis 1835) sah die Hochschule noch als Ort, wo Menschen sich „vordergründig zweckfrei“<sup>4</sup> der Wissenschaft widmen. Auf diese Weise sollten handlungsfähige, weltoffene Persönlichkeiten heranwachsen. Persönlichkeiten, die sich auch im Beruf schnell zurechtfinden. Seit Humboldt im Jahr 1810 die Berliner Universität gründete, war dies die Richtschnur der deutschen Hochschulen. Das ist vorbei.

**„Der Wirtschaft wird innerhalb dieses Reformprozesses einige Bedeutung zukommen. Ihr gesellschaftliches Gewicht bewegt die Politik, das muß ich wohl nicht weiter erklären.“<sup>5</sup>**

Konrad Schily (FDP), MdB, Präsident a.D. der privaten Universität Witten/Herdecke, im Jahr 2005

---

## 2.2 Studiengebühren

Es sei nur „fair“, wenn Studentinnen und Studenten „einen moderaten Beitrag“ zu den Kosten ihres Studiums leisteten.<sup>6</sup> So sieht es die Hamburger Behörde für Wissenschaft und Forschung. Wer einen akademischen Abschluss habe, erziele durchschnittlich 60 Prozent mehr Einkommen als Beschäftigte mit Abitur, aber ohne Studienabschluss. Akademiker könnten spannende Berufe ergreifen, seien weniger arbeitslos. Seit Sommersemester 2007 verlangt die Universität Hamburg eine Studiengebühr von 500 Euro pro Semester – zusätzlich zu den 243 Euro, die pro Semester als Verwaltungsgebühr zu zahlen sind, inklusive Semesterticket für Bus und Bahn. Inzwischen sind Studiengebühren in sieben Bundesländern fällig: In Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, NRW und im Saarland. Die übrigen Bundesländer haben das Bezahlstudium – noch – nicht eingeführt.

„Die Gebühren kommen den Studierenden selbst zu Gute“, verspricht die Hamburger Wissenschaftsbehörde. Denn diese Einnahmen dürften lediglich für Studium und Lehre ausgegeben werden. Mit dem zusätzlichen Geld entstünden folglich bessere Studienbedingungen: Zusätzliche Tutoren, mehr Mitarbeiter in der Bibliothek, zusätzliche Bücher und PCs, weitere Lehrräume.

Die Gegner des Bezahlstudiums üben weiter heftig Kritik. Studiengebühren „werden die ohnehin existierenden Ungerechtigkeiten im deutschen Bildungswesen verschärfen“, heißt es in der Hamburger Protest-Broschüre „Boycott 2.0“.<sup>7</sup> Deren Autoren erinnern an die Nachteile, die Schülerinnen und Schüler aus „bildungsfernen Schichten“ hinzunehmen haben. „Die Hochschulen werden zu Bildungsfabriken umfunktionalisiert, an denen man sich eine Berufsausbildung erkaufen soll“, so „Boycott 2.0“. Das Argument, die Qualität der Lehre würde sich verbessern, sei „fadenscheinig“. Die Universität



---

Hamburg sei unterfinanziert, seit Jahren. Da machten „ca. 20 bis 30 Millionen Euro durch Studiengebühren“ einen Tropfen auf den heißen Stein aus, mehr nicht. „Besonders vor dem Hintergrund, dass schon weitere Kürzungen der Hochschuletats geplant sind.“

Wir treffen den Fachschaftsrat Informatik an der Uni Hamburg. Im Fachschafts-Büro stehen Sessel und Sofas im Sperrmüll-Look. Der Tisch ist übersät mit Flugblättern und Broschüren. An der Wand fordert ein Plakat „Stoppt den Überwachungswahn“. Arne ist 21 und im 5. Semester. Er bestätigt, dass Studiengebühr-Einnahmen beim Department Informatik ankommen. Seit Frühjahr 2007 hätten sie beispielsweise 30.000 Euro für Stühle und neue PC-Arbeitsspeicher erhalten. 40.000 Euro zahlte die Uni, damit die Informatiker eine wichtige US-Datenbank nutzen können.

Dann erzählt Arne vom Rechenzentrum der Informatiker. Dort arbeiten zwei Angestellte als Operateure. „Die schließen die Räume auf, halten die Computer am Laufen“, so der schlaksige Fachschafts-Aktivist. Einer der beide gehe jetzt in Rente. Dessen Stelle werde neu besetzt, sagt Arne, „finanziert aus Studiengebühren.“ Die Studiengebührenkommission des Departments, der auch Studenten angehören, stimmte dieser Maßnahme zwar zu. Allerdings: „Es soll deutlich gemacht werden, dass hier Löcher im Haushalt der Hochschule mit Studiengebühren gestopft werden sollen.“ So steht es in einem Protokoll der Kommission, das der GEW vorliegt.

Viola Griehl, Pressesprecherin der Uni, sieht das anders.<sup>8</sup> Künftig arbeite hier ein „System-Programmierer“, der auch für „rechnerbezogene Lehre“ zuständig sei. Ferner würden die Öffnungszeiten des Rechenzentrums verlängert. Es handele sich also, so Griehl, um eine „Neuausrichtung“ der Stelle – mit „Zusatznutzen“ für die Studierenden.

---

Immer wieder berichtet die Presse, dass Studiengebühren in zweifelhafte Projekte fließen.<sup>9</sup> Etwa in den Bau eines neuen Hörsaals – weil öffentliche Mittel fehlen. Oder um Heizkosten zu bezahlen. Marc Jan Eumann (SPD), Mitglied des NRW-Landtags, berichtet: Von jedem Euro Studiengebühren, den die Uni Köln kassierte, kommen gerade einmal 24 Cent bei den Studierenden an.<sup>10</sup>

5. Dezember 2007, kurz nach 16 Uhr. 800 bis 1.000 Demonstranten sammeln sich auf dem Hamburger Campus zwischen Philosophenturm und Wiwi-Bunker. Als es dämmt, ziehen sie Richtung Innenstadt, mit Laternen, Fackeln und Lichterketten. „Wir sind viele. Wir sind laut. Weil man uns die Bildung klaut.“ So schallt es durch die Straßen. Passanten bleiben stehen. Polizisten mit Schlagstock am Gürtel begleiten den Zug.

Derweil erzielen die Studiengebühr-Gegner in Hessen „einen juristischen Erfolg“.<sup>11</sup> Das meldet die Süddeutsche Zeitung. Das Verwaltungsgericht Gießen hatte die Universität Marburg dazu verdonnert, bereits kassierte Gebühren zurückzuzahlen.<sup>12</sup> Es gebe „ernstliche Zweifel“, so das Gericht, dass die Studienbeiträge mit der Hessischen Landesverfassung vereinbar seien. Laut Verfassung müsse der Unterricht an Schulen und Unis unentgeltlich sein.

### **Reklame und Rendite**

„Günstige Konditionen für Studienkredite. Planungssicherheit. Finanzielle Flexibilität.“<sup>13</sup>

Werbung des Finanzdienstleisters MLP

„Für Studenten sind finanzielle Engpässe an der Tagesordnung – es bleibt oft einfach keine Zeit, um Geld zu verdienen. Mit Miete,

---

Lebenshaltungskosten und jetzt eventuell auch noch Studiengebühren kommt Monat für Monat einiges auf Sie zu.“<sup>14</sup>

Werbung für den db Studentenkredit der Deutschen Bank

„Der amerikanische Finanzinvestor Blackstone erwägt eine Übernahme des größten amerikanischen Anbieters für Studentenkredite Sallie Mae für bis zu 20 Milliarden Dollar. Sallie Mae hat Kredite über 142 Milliarden Dollar an etwa zehn Millionen Studenten vergeben.“

Süddeutsche Zeitung vom 14./15.4.2007

### **2.3 Bachelor- und Master-Studiengänge<sup>15</sup>**

Bologna, 16. Juni 1999. 29 europäische Bildungsminister erklären feierlich, dass sie die Mauern zwischen den nationalen Hochschulsystemen abtragen wollen. Sie fordern mehr grenzüberschreitende Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlern. Ein deutscher Uni-Abschluss müsse auch in Frankreich oder Portugal anerkannt werden – und umgekehrt. Der so genannte Bologna-Prozess war geboren.

Bildungsverantwortliche in Deutschland nehmen ihn zum Anlass, um – nach anglo-amerikanischem Vorbild – die Studienabschlüsse Bachelor und Master einzuführen. Sie ersetzen Diplom, Magister und Staatsexamen.

Wer den Bachelor-Grad erwerben will, studiert im Regelfall drei Jahre. Der Stoff ist in einzelne Module aufgeteilt. Wer an Seminaren, Übungen, Vorlesungen teilnimmt und Prüfungen besteht, erhält Punkte („Credit Points“). Ein Credit Point soll 30 Stunden Lernarbeit inklusive Vorbereitungszeit entsprechen. Das Abschlusszeugnis erhält, wer – je nach Studiengang – 180 bis 240 Credit Points nachweisen kann. Der Bachelor zielt vor allem darauf, unmittelbar für den europäischen Arbeitsmarkt zu qualifizieren.

---

Wirtschaftsnahe Bildungspolitiker und neoliberale Uni-Verantwortliche fordern: Nicht alle Bachelor-Absolventen erhalten Zugang zur

**„Hochschulen vermitteln diejenigen Fähigkeiten, die zur späteren Berufsausbildung erforderlich sind.“<sup>16</sup>**

Detlef Müller-Böling, Chef des CHE, im Jahr 2000

Master-Ausbildung, die ein bis zwei Jahre dauert. Die Hamburger Dohnanyi-Kommission empfahl im Jahr 2003, nur „etwa die Hälfte“ zuzulassen.<sup>17</sup> Der Master steht also möglicherweise nur zwei Gruppen offen:<sup>18</sup> Den Absolventen mit besonders guten Noten, die eine Karriere als Wissenschaftler anstreben. Und den Berufstätigen, die eine teure, privat zu finanzierende Weiterbildung wünschen. Letzteres ist in den USA gang und gäbe – und ein Riesensmarkt für öffentliche und private Hochschulen.<sup>19</sup>

Inzwischen haben die deutschen Hochschulen ihre Studiengänge weitgehend umgestellt. Auch Lehrkräfte können künftig nach dem Bachelor/Master-System ausgebildet werden.<sup>20</sup> Unverändert bleiben bislang lediglich Medizin und Jura sowie Fächer mit kirchlichen Abschlüssen.<sup>21</sup>

Bundesweiter Pionier ist die Ruhr-Universität Bochum (RUB). Sie vergibt seit 1996 Bachelor-Titel.<sup>22</sup> Früher hätten „nur 11 Prozent der Studierenden“ in der Regelstudienzeit ihr Studium beendet, lobt Harro Müller-Michaels, Professor für Literaturwissenschaften an der RUB. Im Jahr 2006 waren es bereits „30 Prozent, in einigen Fächern sogar 45.“ Es gehe heute darum, erklärt Müller-Michaels, was Studierende als erste Qualifikation benötigen – „nicht was der Wissenschaftsbetrieb gerne hätte“.

---

Kritisches hingegen bekommt zu hören, wer sich an der Uni Hamburg mit Studenten unterhält. Am Department Erziehungswissenschaften fiel der Startschuss für die neuen Abschlüsse mit Beginn des Wintersemesters 2007/2008. Kaum zwei Monate später machten rund 200 Bachelor-Studierende ihrem Unmut Luft. „Der Bachelor ist unmenschlich und muss dringend geändert werden.“ So steht es in der Erklärung, die von der Studenten-Vollversammlung verabschiedet wurde.

Die angehenden Erziehungswissenschaftlerinnen klagen vor allem über die vielen Pflichtveranstaltungen. „Keine Seltenheit“ sei, dass das Pflichtprogramm 30 Stunden pro Woche umfasse, im Einzelfall bis zu 60 Stunden, schimpfen Studierende. „Hinzu kommen mindestens 20 Stunden die Woche für Lektüre, Essays, Hausarbeiten.“ Was schon deshalb für viele ein Problem sei, weil sie nebenher jobben müssten. Unter den Erstsemestern herrsche deshalb Angst – Angst vor dem Nichtbestehen von Lerneinheiten, vor Exmatrikulation, vor individuellem Scheitern. Die Vollversammlung verlangt deshalb, die Pflichtveranstaltungen auf 20 Stunden pro Woche zu beschränken. Außerdem sei die Anwesenheitspflicht und – Kontrolle sofort abzuschaffen. „Wir können eigenständig über Sinn und Unsinn der Teilnahme entscheiden“, finden die Studierenden.

Professor Karl Dieter Schuck ist Dekan der Fakultät und damit Chef des Departments Erziehungswissenschaften. Er signalisierte Verständnis. Man bitte alle Studierenden, ihre Stundenpläne aufzuschreiben und abzugeben, so Schuck. „Die wollen wir auswerten, um zu sehen, bei welchen Fächerkombinationen die Missstände auftauchen.“

Derweil gab Hamburgs Wissenschaftssenator Jörg Dräger (parteilos) bekannt, dass das Land Hamburg bis 2011 zusätzlich 37 Millionen Euro an die Uni zahlen werde.<sup>23</sup> Dadurch steige die Zahl der Master-

---

studienplätze auf 2.970. „Im Durchschnitt haben so 70 Prozent aller Bachelor-Absolventen die Möglichkeit, auch den Master-Abschluss zu machen“, schreibt das Hamburger Abendblatt. 70 Prozent – mehr nicht.

Andreas Keller, im GEW-Hauptvorstand zuständig für die Hochschulen, beurteilt den Bologna-Prozess „als widersprüchlich“.<sup>24</sup> Die europaweite akademische Freizügigkeit zu fördern, sei eine gute Sache. „Ein emanzipatorisches Moment“. Es sei auch richtig, die Berufsbefähigung der neuen Studiengänge zu stärken. Dies „müsse aber in erster Linie auf beruflich verwertbare Fertigkeiten“ reduziert werden. Ein Studium sei gerade dann berufsbefähigend, wenn es einerseits auf die berufliche und gesellschaftliche Praxis Bezug nimmt und andererseits die Studierenden dafür qualifiziert, diese Praxis auf wissenschaftlicher Grundlage zu reflektieren“, so Keller.<sup>25</sup>

Keller sieht jedoch Gefahren: Bologna biete die „Möglichkeit, den Akademiker-Output bei gleich bleibendem oder sinkendem finanziellen Input zu erhöhen.“<sup>26</sup> Entscheidend sei, wie viele Bachelor-Absolventen Zugang zum Master-Studium erhalten.

#### **2.4 Akkreditierung der neuen Studiengänge**

Doch wer wacht darüber, dass die neuen Bachelor- und Master-Studiengänge fachliche Mindeststandards erfüllen?<sup>27</sup> Kultusminister und Hochschulrektoren einigten sich im Jahr 1999 darauf, eine Art TÜV einzuführen. Aber nicht mehr der Staat soll sich um Qualitätssicherung kümmern. Diese Aufgabe erhalten – zum Teil private – Akkreditierungs-Agenturen<sup>28</sup>. „Ein Paradigmenwechsel“, kommentiert Andreas Keller. Hat der Studiengang das Prüfsiegel erhalten, „kann die Hochschule mit dem Produkt auf den Bildungsmarkt gehen“.<sup>29</sup> So formuliert es der Bildungsjournalist Karl-Heinz Heinemann.

---

### **Ein Werbeplakat**

„Studieren Sie ab dem Wintersemester 2007/2008 an der Universität Duisburg-Essen das Bachelor/Master-Studienprogramm NanoEngineering. Zukunftsweisend. Interdisziplinär. Innovativ. In deutscher Sprache.“<sup>30</sup>

Text eines Werbeplakats der Uni Duisburg-Essen, gesehen im Hauptbahnhof Würzburg, 11. Oktober 2007

Und welche Agenturen dürfen prüfen? Ein Akkreditierungsrat verleiht bundesweit den Agenturen das Recht, Studiengänge zu akkreditieren. Doch dieses Verfahren stieß schnell auf Kritik, etwa bei dem von der Bertelsmann-Stiftung finanzierten Centrum für Hochschulentwicklung (CHE):<sup>31</sup> Zu aufwändig, zu teuer, zu bürokratisch.<sup>32</sup> Am 14. Juni 2007 beschloss die Kultusministerkonferenz, stattdessen die „Systemakkreditierung“ einzuführen:<sup>33</sup> Nicht mehr der einzelne Studiengang wird geprüft, sondern die Hochschule insgesamt. Fällt die Prüfung positiv aus, gelten alle Studiengänge der Hochschule als akkreditiert. Die einzelne Uni und FH hat dann selbst zu überwachen, ob ein neuer Studiengang den Mindeststandards genügt.

Ob das funktioniert? Die Unis seien „noch nicht fit“, um die Qualitätskontrolle selbst zu übernehmen, betont GEW-Hochschulexperte Andreas Keller.<sup>34</sup> Die meisten Hochschulen stünden bei der Etablierung von Verfahren zur Qualitätssicherung und zum Qualitätsmanagement erst am Anfang. Die hohen Standards des geltenden Akkreditierungsverfahrens würden mit der Einführung der Systemakkreditierung leichtfertig preisgegeben. „Hierzu gehört auch die Beteiligung der Studierenden sowie der Gewerkschaften als Vertreterinnen der beruflichen Praxis“, erklärt Keller.

---

### **2.5 Exzellenz-Initiative – „Deutschland sucht die Super-Uni“**

Der 13. Oktober 2006 sei womöglich „eines der wichtigsten Daten der deutschen Universitätsgeschichte“.<sup>35</sup> Ernst-Ludwig Winnacker, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), schlägt gewichtige Töne an. Was geschah an diesem Tag? Die DFG und der Wissenschaftsrat hatten erstmals verkündet, welche Hochschulen zur bundesdeutschen Elite zählen – und wer die ersten Raten des staatlichen Preisgeldes von 1,9 Milliarden Euro unter sich aufteilen darf. Dem ging ein Wettbewerb voran, die so genannte Exzellenz-Initiative. Das „hat die Universitäten, ja das ganze Wissenschaftssystem in Bewegung gebracht“, jubelt DFG-Präsident Winnacker.

Deutschland nimmt Abschied von der Idee, dass jede Hochschule im Prinzip gleichrangig zu sein hat. Stattdessen zählt künftig „Elite“ – ein Konzept, das die SPD im Jahr 2004 ins Spiel brachte, um den Forschungsstandort Deutschland nach vorne zu bringen.<sup>36</sup> Wer Spitzenleistungen erbringt, so die Idee, soll vom Staat zusätzliche Mittel erhalten. Damit Hochschule und Forscher auch international mitmischen können.

Am 13. Oktober 2006 endete die erste Runde der Exzellenz-Initiative. Zur Spitzen-Uni gekürt wurden die Universität Karlsruhe, die Technische Universität München und die Ludwig-Maximilian-Universität München. „Der Süden blüht“, kommentiert DIE ZEIT.<sup>37</sup> Weitere Hochschulen erhalten Fördermillionen, damit sie Forschungsverbünde („Exzellenzcluster“) aufbauen oder den wissenschaftlichen Nachwuchs in „Graduiertenschulen“ besser ausbilden. Ein Jahr später, am 19. Oktober 2007, fand die zweite Runde des Hochschul-Castings ihren Abschluss. Jetzt gibt es neun „Elite-Unis“ in Deutschland: Neben den Siegern der ersten Runde sind es die Freie Universität Berlin, die Unis Göttingen, Freiburg, Konstanz, Heidelberg sowie die Technische Hochschule Aachen.



---

Inzwischen wächst Kritik. Vor einer „zweigeteilten Universitätslandschaft“, warnt Michael Hartmann, Eliteforscher an der TU Darmstadt.<sup>38</sup> „In zehn Jahren werden wir 25 forschende Unis haben“, so Hartmann. „Die restlichen 75 Unis werden im Kern nur noch ausbilden.“ Als bessere Fachhochschulen, an denen Studenten „massenhaft durch ihre verschulten Bachelor-Studiengänge gejagt werden.“ Statt zusätzliche Steuergelder nur für Elite-Hochschulen fordert Michael Hartmann, alle Unis und FHs finanziell besser auszustatten. „Wir brauchen Geld für den Studentenzuwachs in den kommenden Jahren.“

**„Nur dann kann ich eine gute Pädagogin werden“: Porträt einer Studentin der Erziehungswissenschaft**

„Für mich ist Studium auch Selbstfindung.“ Nicht nur Scheine sammeln, sondern als Person reifen, das sei ihr wichtig, sagt Yalda<sup>39</sup>. „Nur dann kann ich eine gute Pädagogin werden“. Die 23jährige studiert im 6. Semester Erziehungswissenschaft, auf Magister. Die kleingewachsene, dunkelhaarige Frau ist froh, dass sie nicht im Bachelor-Studiengang gelandet ist. Der sei verschult, mit knallvollem Stundenplan. Anders beim Magister. „Da habe ich die Freiheit, alle Nebenfächer zu studieren, die ich will“. Die Studentin mit arabischen Wurzeln engagiert sich im Fachschaftsrat. Ferner arbeitet sie seit Mai 2007 stundenweise in einem Projekt, das Straßenkinder und Stricher betreut. „Die Praxis reizt mich“, erklärt Yalda.

Wie ihre finanzielle Lage aussieht? Yalda bekommt BAföG, 530 Euro im Monat. „Davon muß ich später die Hälfte zurückzahlen“, stellt die Studentin klar. Außerdem erhält sie von ihren Eltern die monatlichen 154 Euro Kindergeld. Zusammen sind das

---

knapp 690 Euro monatlich. Für Miete, Nebenkosten und Telefon muß sie etwa 400 Euro im Monat aufbringen. „Zum Glück“, sagt Yalda, „verdiene ich seit Mai dazu.“ Der Job im Straßenkinder-Projekt bringt etwa 200 Euro netto im Monat. Ihr Berufswunsch? Die 23jährige hat sich noch nicht entschieden. Entweder an der Uni bleiben und promovieren „oder mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten.“

## **2.6 Hochschulranking – „Prüf den Prof“**

Wie gut lehrt die Professorin? Wie zufrieden sind die Studierenden? Wie steht es um die Ausstattung von Hörsälen, Bibliotheken, Laborräumen? Seit 1998 kümmert sich das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh um Antworten.<sup>40</sup> Dazu befragt das Bertelsmann-Institut Studierende und Professoren, auch in Österreich und in der Schweiz, wertet wissenschaftliche Veröffentlichungen aus, sichtet Statistiken. Die Daten fließen in das CHE-Hochschulranking ein.

Das Ranking bewertet 35 Studienfächer – von A wie Architektur bis Z wie Zahnmedizin. Bis zu 34 Merkmale pro Studienfach fließen in die Benotung ein.<sup>41</sup> Das schaffe Transparenz auf dem Markt für Studienangebote, sagen die Befürworter der Uni-Ranglisten. Wer studieren wolle, finde genau die Hochschule, die zu ihm passt.

Das CHE-Ranking wurde zunächst im Stern (Gruner + Jahr, also Bertelsmann) veröffentlicht. 2005 stieg DIE ZEIT (Holtzbrinck-Verlag) als Medienpartnerin ein. Einmal jährlich erscheint die Uni-Hitliste, unterstützt vom CHE und der Deutschen Telekom-Stiftung, im ZEIT-Studienführer. Das 210-Seiten-Heft kostet 6 Euro – und ist für den Verlag ein echter Umsatzbringer. Allein der Studienführer 2005/2006 wurde mehr als 100.000mal verkauft.<sup>42</sup>

---

Unterstützt vom Medien-Rückenwind gelang es dem CHE-Ranking schnell, sich bundesweit einen Namen zu machen. Hochschulen geraten unter Druck, wenn sie schlecht abschneiden. „Der Studiengang Medizin der TU Dresden wurde abermals gerankt“, heißt es auf den Internetseiten der Technischen Universität Dresden im Juni 2006.<sup>43</sup> „Nach unserem hervorragenden Platz beim letzten Mal müssen wir uns nun vermehrt Kritik gefallen lassen...“

Inzwischen häufen sich zweifelnde Stimmen an den Hochschul-Hitlisten, auch im Ausland.<sup>44</sup> So riefen zwölf US-amerikanische Hochschul-Präsidenten im Mai 2007 dazu auf, das Ranking des U.S. News and World Report nicht mehr zu unterstützen.<sup>45</sup> „Wir glauben, dass diese Ranglisten in die Irre führen...“, erklärten die Erstunterzeichner. Sie „enthalten eine fragwürdige Präzision“ und „verhüllen wichtige Unterschiede beim Bildungsauftrag“.

Im August 2007 verkündete Österreichs Qualitätssicherungs-Agentur AQA, die Unis des Landes würden sich nicht mehr am CHE-Ranking beteiligen.<sup>46</sup> „Sie bieten keine umfassende Information über die Qualität“, erklärte AQA-Geschäftsführer Alexander Kohler. „Sie stellen nur einen Ausschnitt des Leistungsspektrums dar.“ Das CHE widersprach – und beeilte sich zu erklären, dass einzelne Fachbereiche österreichischer Hochschulen weiterhin ihre Daten liefern werden.<sup>47</sup>

Im Oktober 2007 riefen Studierende der Alice-Salomon-Fachhochschule in Berlin dazu auf, das CHE-Ranking zu boykottieren – aus Protest gegen die Politik von CHE und Bertelsmann-Stiftung. „Hauptsächlich geht es darum, dass die Hochschulen eloquenter und schneller werden“, kritisiert Andrea Remmers, AStA-Vorsitzende an der Alice-Salomon-FH.<sup>48</sup> Alles laufe auf wirtschaftliche Verwertbarkeit hinaus, so Remmers.<sup>49</sup> Wie die taz berichtet, trafen Solidaritätsadressen aus dem ganzen Bundesgebiet bei den Berlinern ein.<sup>50</sup>

---

## Quellen

- 3 Adam Soboczynski, Humboldt, adieu!, DIE ZEIT, 4. Mai 2006
- 4 vgl. Karl-Heinz Heinemann, Manuskript zum Hörfunkbeitrag „Die vermarktete Hochschule“, gesendet auf WDR 3, 10.1.2006, Seite 27
- 5 Eröffnungsvortrag von Konrad Schily, zitiert nach: Private Hochschulen in Deutschland – Reformmotor oder Randerscheinung? Symposium der Hertie School of Governance und des CHE Centrum für Hochschulentwicklung am 7./8. November 2005 in Berlin, Berlin 2007, Seite 24
- 6 <http://www.wissenschaft.hamburg.de/index.php/article/detail/2373?PHPSESSID=91feb737f78eca14546b2f35dede7a9c>
- 7 zum Folgenden: Boykott 2.O. Gebrauchsanleitung für den Boykott der Studiengebühren im Wintersemester 07/08 an der Universität Hamburg, S. 2 und 3, siehe auch : [www.boykotthamburg.de](http://www.boykotthamburg.de)
- 8 Telefonische Auskunft von Viola Griehl am 20.12.2007 gegenüber dem Autor
- 9 siehe etwa Silke Rehren, Werden Studiengebühren zweckentfremdet? [wdr.de](http://wdr.de), 22.2.2007
- 10 <http://www.nrwspd.de/presse/meldung.asp?ID=50685>
- 11 Studiengebühr gestoppt, Süddeutsche Zeitung, 14.11.2007
- 12 <http://www.vg-giessen.justiz.hessen.de/internet/vg-giessen.nsf/Frame/N24XTGW2889RLIGDE>
- 13 <http://www.mlp.de/Finanzierung/Studienfinanzierung/34450/34450/studienfinanzierung.html>
- 14 [http://www.deutsche-bank.de/pbc/content/studium\\_und\\_finanzen-studenten\\_kredit.html?link=search\\_pbc-pbcde-to-studium\\_und\\_finanzen-studenten\\_kredit](http://www.deutsche-bank.de/pbc/content/studium_und_finanzen-studenten_kredit.html?link=search_pbc-pbcde-to-studium_und_finanzen-studenten_kredit)
- 15 zum Folgenden: Andreas Keller, alma mater bolognaise. Perspektiven eines Europäischen Hochschulraums im Rahmen des Bologna-Prozesses, 2004
- 16 Detlef Müller-Böling, Die entfesselte Hochschule, Gütersloh 2000, Seite 217
- 17 „Dohnanyi-Kommission“, 2003, Seite 7
- 18 Karl-Heinz Heinemann, Manuskript zum Hörfunkbeitrag „Die vermarktete Hochschule“, gesendet auf WDR 3, 10.1.2006, Seite 3
- 19 stellvertretend für viele siehe die Angebote der privaten Fachhochschule für Oekonomie & Management (FOM), die von Verbänden der Essener Wirtschaft betrieben wird:[www.fom.de](http://www.fom.de)

- 
- 20 GEW-Stellungnahme zum KMK-Beschluss zur Lehrerbildung vom 28.2.2007
  - 21 vgl. Studium weitgehend auf Bachelor und Master umgestellt, wdr.de, 25.7.2007
  - 22 zum Folgenden siehe: Juliane von Mittelstaedt, „Pioniere aus dem Ruhrpott“, Interview mit Harro Müller-Michaels, Die Zeit, 24.5.2006
  - 23 zum Folgenden: Florian Kain, 37 Millionen extra für die Uni, Hamburger Abendblatt, 22.9.2007
  - 24 Andreas Keller, alma mater bolognaise, S. 41
  - 25 Andreas Keller, Der Beruf im Mittelpunkt, in: Hochschulrektorenkonferenz (Hg.): Fit für die Welt, Die deutschen Hochschulen auf dem Weg zum Europäischen Hochschulraum, Bonn 1997, S. 47.
  - 26 Andreas Keller, alma mater bolognaise, S. 44
  - 27 Andreas Keller, alma mater bolognaise, S. 31f
  - 28 akkreditieren = beglaubigen, bestätigen
  - 29 Karl-Heinz Heinemann, Manuskript zum Hörfunkbeitrag „Die vermarktete Hochschule“, gesendet auf WDR 3, 10.1.2006, Seite 12
  - 30 siehe auch: <http://www.uni-duisburg-essen.de/nanoengineering/index.shtml>
  - 31 [www.che.de](http://www.che.de) (siehe auch: Privatisierungsreport Nr.2, Kapitel über Stiftungen, sowie im vorliegenden Privatisierungsreport Kapitel 6.5)
  - 32 Tilman Steiner, Gärtner der Studienlandschaft, Süddeutsche Zeitung, 9.7.2007
  - 33 <http://www.vg-giessen.justiz.hessen.de/internet/vg-giessen.nsf/Frame/N24XTGW2889RLIGDE>
  - 34 GEW: „Hochschulen noch nicht fit für Qualitätskontrolle“. Pressemitteilung der GEW vom 15.6.2007
  - 35 zum Folgenden siehe: Andreas Sentker und Martin Spiewak, „Uns fehlt Fantasie“, Interview mit Ernst-Ludwig Winnacker, in: Die Zeit, 19.10.2006
  - 36 Ulrich Schnabel und Martin Spiewak, Die Topografie der Exzellenz, in: Die Zeit, 19.10.2006
  - 37 Ulrich Schnabel und Martin Spiewak, Die Topografie der Exzellenz, in: Die Zeit, 19.10.2006
  - 38 zum Folgenden siehe: Max Hägler, „Unsere Stärke ist die Breite“, Interview mit Michael Hartmann, in: die tageszeitung, 14.10.2006
  - 39 Name von der Redaktion geändert

- 
- 40 <http://www.che-ranking.de/cms/?getObject=50&getName=CHE-HochschulRanking&getLang=de>
  - 41 Nadja Kirsten, So geht's zur Wunsch-Uni, in: ZEIT-Studienführer 2007/2008, S.96
  - 42 siehe Editorial des ZEIT-Studienführers 2006/2007
  - 43 [http://tu-dresden.de/die\\_tu\\_dresden/fakultaeten/medizinische\\_fakultaet/inst/fsmed/medizin/che](http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/medizinische_fakultaet/inst/fsmed/medizin/che)
  - 44 <http://www.heise.de/tp/r4/html/result.xhtml?url=/tp/r4/artikel/26/26469/1.html&words=ranking&T=Ranking>
  - 45 [http://www.educationconservancy.org/presidents\\_letter.html](http://www.educationconservancy.org/presidents_letter.html)
  - 46 <http://derstandard.at/?url=?id=3002680>
  - 47 <http://derstandard.at/?url=?id=3007555>
  - 48 Rüdiger Braun, Gegen die Bertelsmann-Stiftung und ihre Einrichtungen regt sich Protest, in: Märkische Allgemeine, 15.11.2007
  - 49 Peter Nowak, Studierende gegen CHE, in: taz, 2.11.2007
  - 50 Peter Nowak, Studierende gegen CHE, in: taz, 2.11.2007

## 3. Die Uni als Unternehmen

---

### 3.1 Das „Hochschulfreiheitsgesetz“ in Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalens Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) preist sein Vorhaben in den höchsten Tönen<sup>51</sup>. „Wenn dieses Gesetz in Kraft tritt“, so Pinkwart im Januar 2006 in Düsseldorf, „hat NRW das mit weitem Abstand freiheitlichste Hochschulrecht aller Bundesländer.“ Unis und Fachhochschulen an Rhein und Ruhr sollen nicht länger staatliche Einrichtungen sein. Stattdessen werden sie als Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht mehr zugleich staatliche Einrichtungen sind, „verselbstständigt“. Das Land ist nicht länger weisungsbefugt. Es achtet künftig nur noch darauf, dass sich die Hochschule an die Gesetze halte.

Das Pinkwartsche „Hochschulfreiheitsgesetz“ gilt seit dem 1.1.2007<sup>52</sup> – und hat tiefgreifende Auswirkungen:

- Die Hochschule entscheidet künftig über ihre Finanzen weitgehend selbst. Geld sparen, Kredite aufnehmen – all das ist möglich. Sie kann zudem eigene Unternehmen gründen oder sich an Unternehmen beteiligen – „sofern ein Wissenschaftsbezug gewährleistet ist“.
- Die Hochschule wird Arbeitgeberin und Dienstherrin ihres Personals. Dies gilt für Angestellte und Arbeitnehmer ebenso wie für Beamte. Der Minister ist nicht mehr oberster Dienstvorgesetzter. Bestehende Tarifverträge, verspricht Andreas Pinkwart, bleiben jedoch gültig.
- Die Hochschule erhält eine neue Leitungsstruktur. „Modernes Management“ soll Einzug halten. Zu diesem Zweck wird ein neues Organ mit umfassenden Kompetenzen geschaffen – der „Hochschulrat“. Er wählt den Präsidenten – der wiederum Dienstvorgesetzter der Professoren ist. Er entscheidet über die strategische

---

Ausrichtung der Uni. Er beschließt den Hochschulentwicklungsplan. Laut NRW-Gesetz besteht das Gremium „mindestens zur Hälfte aus Mitgliedern von außerhalb der Hochschule“. Auch der Vorsitzende muß von außen kommen. Die Mitglieder werden vom Minister ernannt.

**„Unser Ziel ist es, Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und die Wirtschaft enger zusammenzuführen.“<sup>453</sup>**

Andreas Pinkwart (FDP), Wissenschaftsminister des Landes NRW, im Jahr 2006

Wolfgang Lieb, Ex-Staatssekretär im NRW-Wissenschaftsministerium und Mitherausgeber des kritischen Nachrichtenportals „nachdenkseiten.de“, verurteilt das Pinkwartsche Freiheitsgesetz:<sup>54</sup> Die „weit überwiegende Mehrheit der Forschenden und Studierenden“ werde „wesentlich unfreier sein“ als bisher. Bislang geltende Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte werden beschnitten.

Denn bis Ende 2006 entschieden Lehrende und Studierende mit, wenn es um die Verteilung der Hochschulressourcen ging. Diese demokratischen oder kooperativen Strukturen („bottom-up“) sind nun passé. Der Rektor oder Präsident als Erster unter Gleichen („primus inter pares“) wird abgeschafft. Stattdessen etabliert das NRW-Gesetz eine Entscheidungsstruktur, die von oben nach unten durchgreift („top-down“). Die Uni wandelt sich zum Unternehmen. Der Rektor mutiert zum Vorstandsvorsitzenden. „Tatsächlich werden heute Mitbestimmungsrechte von Studierenden, Beschäftigten und Hochschullehrern abgebaut“, kritisiert Andreas Keller, Vorstandsmitglied der GEW.<sup>55</sup>



---

Auch andernorts planen Landesregierungen, ihre Hochschulen in die Autonomie zu entlassen. Am 13. Dezember 2007 demonstrieren zwischen 10.000 und 12.000 Studierende in Dresden gegen das geplante neue sächsische Hochschulgesetz.<sup>56</sup> Sie fordern „gebührenfreies Studium mit Demokratie und Mitbestimmung“. Aufgerufen hatten die Konferenz Sächsischer Studierendenschaften, die GEW, ver.di und die Landesvertretung Akademischer Mittelbau in Sachsen. Die Landtagsfraktionen von Linke und Grünen sowie die Jungsozialisten erklären sich solidarisch.<sup>57</sup>

### **3.2 Kritik an den Hochschulräten**

Besonders umstritten ist das Organ des Hochschulrats. Dieser Rat, so Wolfgang Lieb, sei „keiner demokratisch legitimierten Autorität rechenschaftspflichtig.“<sup>58</sup> Dessen Mitglieder entschieden über das Geld der Steuerzahler „nach ihren persönlichen oder ihren politischen Interessen.“ Außerdem arbeite er ehrenamtlich, mehr als die Hälfte der Ratsmitglieder komme nicht aus der Uni. Damit sei er „schlicht überfordert“, seine Befugnisse zu erfüllen.<sup>59</sup>

Hochschulräte sind bundesweit auf dem Vormarsch. Doch wer gehört diesem Organ an? Diese Frage untersuchten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Ruhr-Universität Bochum im Rahmen einer Studie, die von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde.<sup>60</sup> Die Autoren nahmen alle deutschen, österreichischen und schweizer Hochschulen unter die Lupe, die über einen Hochschulrat verfügen. Ergebnis: An Universitäten kommen im Durchschnitt 34 Prozent der externen Hochschulratsmitglieder aus der Wirtschaft – „wobei die Vertreter von Großunternehmen dominieren.“<sup>61</sup> An Fachhochschulen sind es 46 Prozent. Noch höher liegen private Hochschulen (47 Prozent) und Technische Hochschulen (48 Prozent). An FHs, privaten Unis und TUs engagieren sich vor allem „kleine und mittlere Unternehmen mit

---

regionalem Bezug“, heißt es in der Bochumer Studie. Gewerkschaftliche Mitglieder sind in den bundesdeutschen Hochschulräten „mit nur 3 Prozent marginal vertreten“ und damit „deutlich unterrepräsentiert.“<sup>62</sup>

Wir werfen einen Blick auf die Ludwig-Maximilian-Universität München (LMU).<sup>63</sup> Als Vorsitzender des Hochschulrats amtiert Nikolaus von Bomhard (Münchner Rück). Als weiteres prominentes Mitglied aus der Wirtschaft sitzt Roland Berger (Unternehmensberatung Roland Berger) in der Runde. Zum Hochschulrat der Technischen Universität München gehören Susanne Klatten (Altana AG, Tochter von Johanna Quandt) und Norbert Reithofer (BMW).<sup>64</sup>

### **3.3 Stiftungs-Hochschulen**

Am 1. Januar 2008 knallen die Sektkorken – und das hat mit Silvester nichts zu tun: Die Anhänger der Stiftungsuniversitäts-Idee feiern ihren Erfolg. Pünktlich zum Jahresbeginn wechselt die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main ihre Rechtsform. Als Stiftung des öffentlichen Rechts untersteht sie fortan nicht mehr dem Land Hessen.

Im UniReport, der Zeitung der Frankfurter Hochschule, ist nachzulesen, welche Vorteile dieser Schritt angeblich bringt:<sup>65</sup>

- „Deutliche Erhöhung der Autonomie durch den Abbau staatlicher Detailsteuerung“
- „mehr Flexibilität und schnellere Entscheidungen“
- „höhere Wirtschaftlichkeit“
- „Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Engagement Privater“

---

Vor allem der letztgenannte Punkt ist den Stiftungs-Fans wichtig. Die Hochschule müsse die Möglichkeit besitzen, „sich in höherem Maße als bisher privaten Geldgebern und Stiftern zu öffnen“, heißt es im UniReport. Was Unternehmen und Stifter zahlen, soll helfen, „Forschung und Lehre zu verbessern.“

Allerdings sei zu gewährleisten, dass die zusätzlichen privaten Mittel „nicht zu einer Absenkung des Landeszuschusses“ führen. Auch dürfen private Gelder nicht für zusätzliche Studienplätze eingesetzt werden. Private sollen keinen Einfluss auf Entscheidungen haben, die Forschung und Lehre betreffen.

Weitere wesentliche Änderung: Ähnlich wie in Nordrhein-Westfalen ist das Personal einschließlich der Beamten nicht mehr beim Land beschäftigt. Stattdessen erhält die Stiftungsuni die „Dienstherrenfähigkeit“. Die Hochschule schließt künftig Tarifverträge ab. Die Beschäftigten sollten sich aber keine Sorgen machen, beschwichtigt das Uni-Präsidium. Deren „erworbene Rechte“ blieben erhalten. Betriebsbedingte Kündigungen „aus Anlass der Umwandlung“ würden „gesetzlich ausgeschlossen“.

### **3.4 Ein-Euro-Jobber und Discount-Dozenten**

„Uni Hamburg, zehn Uhr morgens“. So beginnt der Fernsehbeitrag, den das ARD-Politmagazin Monitor am 1. März 2007 ausstrahlt.<sup>66</sup> „Die Wissenschaftler Doktor Sabine Todt und Thomas Kloss sind auf dem Weg zur Arbeit.“ Monitor berichtete, dass Kloss am Institut für Kriminologie tätig ist – für einen Euro die Stunde, bezahlt von der Agentur für Arbeit. Noch schlimmer sei es Sabine Todt ergangen. Als Lehrbeauftragte habe sie vier Semester lang überhaupt keinen Lohn erhalten...

---

Der Film sorgt für gewaltiges Aufsehen. Denn kurz nach der Ausstrahlung verliert die Geschichtsdozentin Sabine Todt ihren Lehrauftrag. „Wurde sie wegen des TV-Auftritts gefeuert?“, fragt Spiegel-Online.<sup>67</sup> Dazu gebe die Hochschule keine genauen Auskünfte. Das Historische Seminar und Professoren hätten sich geweigert, Fragen zu beantworten. Der Grund, so Spiegel-Online: Ein Maulkorb-Erlass von Uni-Präsidentin Monika Auweter-Kurtz. Für Medienauskünfte sei künftig allein die Pressestelle zuständig, heißt es darin. Doch die weigert sich laut Presseberichten zu antworten. Gäbe es ein Ranking für die Öffentlichkeitsarbeit von Hochschulen – die Uni Hamburg hätte als Schlusslicht rangiert.

Bereits im Jahr 2006 beschwert sich der Soziologe Thomas Meese, dass er rund zehn Monate lang an der Uni Hamburg als wissenschaftlicher Mitarbeiter eingesetzt wurde – ebenfalls für ein Euro die Stunde.<sup>68</sup> Er spricht von Zwangsarbeit, fordert Entschädigung. „Wenn man den Job ablehnt, werden die Leistungen gekürzt“, erläutert Meese sein Dilemma.

„Discount-Dozenten“, „Die Lehrsklaven kommen“, „Billigheimer der Wirtschaft“. Plötzlich sind die prekären Arbeitsbedingungen von Wissenschaftlern ein Thema in der Presse. „Allein Berlins Hochschulen beschäftigen 4.000 Lehrbeauftragte“, meldete Spiegel-Online.<sup>69</sup>

Der GEW-Landesverband Berlin will es genau wissen – und erhebt im Jahr 2006 eine Stichprobe.<sup>70</sup> Die Gewerkschaft schreibt 800 Lehrbeauftragte in Berlin an. 100 Antworten kommen zurück. Das Ergebnis: Zwei Drittel der Lehrbeauftragten, die antworteten, gaben an, dass sie von ihrem Verdienst nicht leben können. 25 Prozent sind nicht rentenversichert. 6 Prozent haben keine Krankenversicherung. Viele beklagten eine „unzureichende berufliche Integration und fehlende Unterstützung durch die Hochschule“.

---

Die GEW erinnert daran, dass Lehrbeauftragte kein Arbeitsverhältnis mit der Hochschule besitzen.<sup>71</sup> „Demzufolge haben sie auch keinen Kündigungsschutz“. Sie erhalten bei Krankheit kein Geld und müssen für Kranken- und Rentenversicherung selbst aufkommen. Lehraufträge werden jeweils nur für ein Semester vergeben.

Die Berliner GEW fordert nun, Lehrbeauftragten künftig mindestens 25 Euro pro Stunde zu zahlen. Derzeit liegt der Berliner Mindestsatz bei 21,40 Euro. Zudem, so die Gewerkschaft, sollen Vor- und Nachbereitungszeiten, die Mitwirkung an Prüfungen sowie Korrekturarbeiten gesondert vergütet werden.

An der Uni Hamburg zieht man derweil erste Konsequenzen aus der Ein-Euro-Affäre. Präsidium und Dekane entscheiden, künftig keine Hartz-IV-Empfänger mehr zu beschäftigen.<sup>72</sup> Bestehende Verträge sollen auslaufen. Laut Financial Times Deutschland gab es 115 Ein-Euro-Kräfte an der Hamburger Hochschule.<sup>73</sup> Sechs von ihnen arbeiteten im wissenschaftlichen Bereich.

**„Das wirklich Schlimme ist die Unsicherheit“: Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter berichtet**

Malte<sup>74</sup> besitzt ein Diplom, ist 36 Jahre alt, Vater eines siebenjährigen Sohns – und verdient schlappe 1.200 Euro netto im Monat. Hat dieser Mann in seinem Leben alles richtig gemacht? Er hat. Doch die Arbeitsbedingungen an der Uni sind bescheiden für Akademiker wie Malte.

Der dunkelhaarige Mann mit dem Anflug von Drei-Tage-Bart ist wissenschaftlicher Mitarbeiter. In seinen Arbeitsvertrag steht: Halbe Stelle mit 19,5 Stunden pro Woche. „Ich habe aber immer 30

---

Stunden pro Woche gearbeitet“, sagt der Diplom-Pädagoge. Zusätzlich leitet er ein bis zwei Seminare pro Semester. 45 Wochenstunden und mehr kommen schnell zusammen. Da bleibt bislang kaum Zeit, um die Doktorarbeit voranzubringen. „Das war absolut unerträglich für mich.“ Denn viel arbeiten, das sei nicht das Problem. „Das wirklich Schlimme ist die Unsicherheit“, sagt Malte. Denn für den 36jährigen tickt die Uhr. Seit dreieinhalb Jahren ist er an der Uni bereits beschäftigt. Bleiben noch zweieinhalb Jahre, um den Doktor zu bauen.\* Hat Malte das Dokorexamen nach sechs Jahren nicht abgelegt, müsste ihm die Uni einen unbefristeten Arbeitsvertrag geben. Doch davor schreckt sie zurück. Sein Arbeitsverhältnis läuft aus. „Dann bleibt nur noch Taxifahren“.

Und wie kommt er finanziell über die Runden? Maltes Frau ist freiberufliche Dolmetscherin und verdient ebenfalls. Außerdem habe er noch einen „Studi-Job“, berichtet der Familienvater. Einmal die Woche übernimmt er die Nachtwache in einer Jugendeinrichtung. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter dies machen zu müssen, sei „demütigend“. Doch das bringe 300 Euro netto im Monat. Ihm gehe es trotzdem gut, sagt der Wissenschaftler. An der Uni bekomme er ja noch Gehalt nach dem Bundesangestelltentarifvertrag. Er kenne einen Kollegen, der nach dem neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) bezahlt wird. Der verdiene auf einer halben Stelle 950 Euro netto – „für genau den gleichen Job.“

\*Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz schreibt vor, dass ein wissenschaftlicher Mitarbeiter maximal sechs Jahre vor der Promotion und maximal sechs Jahre nach der Promotion befristet beschäftigt werden darf.

---

## Quellen

- 51 zum Folgenden siehe: Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes NRW, Eckpunkte des geplanten Hochschulfreiheitsgesetzes, Sprechzettel zur Landespressekonferenz am 25.1.2006
- 52 [http://www.innovation.nrw.de/Hochschulen\\_in\\_NRW/Recht/Hochschulfreiheitsgesetz.html](http://www.innovation.nrw.de/Hochschulen_in_NRW/Recht/Hochschulfreiheitsgesetz.html)
- 53 Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Eckpunkte des geplanten Hochschulfreiheitsgesetzes
- 54 Wolfgang Lieb, Von der Freiheit der Wissenschaft zur „unternehmerischen Hochschule“, in: nachdenkseiten.de, 13.6.2007.
- 55 zitiert nach: Kay Meiners, Christoph Mülitze, Wie unternehmerisch soll die Hochschule sein? Streitgespräch zwischen Detlef Müller-Böling, Leiter des CHE, und Andreas Keller, Vorstandsmitglied der GEW, Mitbestimmung 4/2007
- 56 <http://www.stura.uni-leipzig.de/kss/index.php?id=151>
- 57 <http://www.lr-online.de/regionen/sachsen/art1047,1873457>
- 58 Wolfgang Lieb, Von der Freiheit der Wissenschaft zur „unternehmerischen Hochschule“, in: nachdenkseiten.de, 13.6.2007.
- 59 Bedenken äußern auch die Professoren des Fachbereichs Rechtswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt, siehe: Kritik an hessischer Hochschulpolitik, FAZ, 2.8.2007.
- 60 Jörg Bogumil/ Rolf G.Heinze/ Stephan Grohs/ Sascha Gerber unter der Mitarbeit von Katrin Lenz/ Manfred Wannöffel, Hochschulräte als neues Steuerungsinstrument? Eine empirische Analyse der Mitglieder und Aufgabenbereiche, Abschlussbericht der Kurzstudie, Dezember 2007
- 61 Bogumil, u.a., Hochschulräte als neues Steuerungsinstrument?, Seite 4
- 62 Bogumil, u.a., Hochschulräte als neues Steuerungsinstrument ? Seite 4
- 63 [http://www.uni-muenchen.de/einrichtungen/orga\\_lmu/gremien/hochschulrat/index.html](http://www.uni-muenchen.de/einrichtungen/orga_lmu/gremien/hochschulrat/index.html)
- 64 [http://portal.mytum.de/tum/gremien/hochschulrat/index\\_html/](http://portal.mytum.de/tum/gremien/hochschulrat/index_html/)
- 65 zum Folgenden siehe: UniReport, Zeitung der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main, 29.1.2007

- 
- 66 Eva Müller, Frank Konopatzki, Uni-Misere: Wie an deutschen Hochschulen für 1 Euro geforscht und ohne Lohn gelehrt wird, ausgestrahlt in Monitor, ARD-Fernsehen, am 1. März 2007
  - 67 Katrin Schmiedekampf, Jochen Leffers, Bestrafe einen und erziehe hundert, in: Spiegel-Online, 10.5.2007
  - 68 „Ich unterschrieb nur aufgrund der Drohung“, Interview mit Thomas Meese in: Junge Welt, 27.11.2006
  - 69 Marcus Weber, Die Billigheimer der Wissenschaft, Spiegel-Online, 8.1.2007
  - 70 zum Folgenden: Arbeits- und Lebenssituation von Lehrbeauftragten – Ergebnisse einer Umfrage, GEW Berlin, November 2006
  - 71 zum Folgenden: GEW-Landesverband Berlin, Gute Lehre hat ihren Preis! Mindestvergütung für Lehrbeauftragte kann nur ein erster Schritt sein, Pressemitteilung vom 14.11.2007
  - 72 Ellen Kollender, Discount-Dozenten, Financial Times Deutschland, auf ftd.de gefunden am 11.5.2007
  - 73 Ellen Kollender, Discount-Dozenten, Financial Times Deutschland, auf ftd.de gefunden am 11.5.2007
  - 74 Name von der Redaktion geändert



## 4. Stifter und Sponsoren:

### Der Einfluss der Privaten

---

#### 4.1 Studieren im „Aldi-Süd-Hörsaal“

„Not macht erfinderisch“, kommentiert tagesschau.de.<sup>75</sup> In Zeiten knapper Gelder sei die Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt „auf eine ungewöhnliche Idee verfallen.“ Sie verkaufte die Namensrechte ihres größten Hörsaales für fünf Jahre an die Supermarktkette Aldi-Süd. Seit Herbst 2006 lauschen Studierende ihren Vorlesungen im „Aldi-Süd-Hörsaal“.<sup>76</sup> Das Unternehmen zahlte dafür eine Summe „im fünfstelligen Bereich“. Professor Heribert Weber, Präsident der FH, hat mit derlei Firmenwerbung in Hochschulräumen keine Probleme. Man stünde durch diese Finanzierung „weder in inhaltlicher noch wirtschaftlicher Abhängigkeit“, so Weber. Auch Bayerns Wissenschaftsministerium findet lobende Worte. Es sei erfreulich, dass sich die Wirtschaft derart engagiere. Warum der Discounter an einer FH für sich trommelt? Aldi suche dringend Management-Nachwuchs – und sei bei Studierenden wenig bekannt. Das erklärt Axel Polossek, Geschäftsführer von Aldi-Süd im unterfränkischen Helmstadt. Aldi-Süd darf den Lehrsaal nun auch für firmeninterne Veranstaltungen nutzen – an vier Tagen in den Semesterferien.

„Ob Sie ein Auto finanzieren wollen oder einen Hubschrauber brauchen...“<sup>77</sup> – mit „easyCredit“ sei das kein Problem. Die Nürnberger TeamBank, ehemals Noris-Bank,<sup>78</sup> wirbt für ihr Kreditangebot auch an der Universität Erlangen-Nürnberg. Dort wurde ein Hörsaal nach „easyCredit“ benannt.<sup>79</sup> 130.000 Euro blätterten die Teambanker auf den Tisch, um die Namensrechte für zehn Jahre zu erwerben. „Wir freuen uns“, erklärt Uni-Rektor Professor Karl-Dieter Gröske im Februar 2007, „mit der TeamBank einen wichtigen Partner aus der Region als Sponsor gefunden zu haben.“ Uni und Bank vereinbarten zudem, dass die TeamBank pro Jahr fünf Diplom-Arbeiten „mit Praxisbezug“ betreut.

---

**„Wirtschaftliche Hochschulen werden sich daher aktiv um die Weiterverwertung von Forschungsergebnissen (Patente, Gebrauchsmuster, etc.) kümmern müssen; sie werden Gebühren für bestimmte gesellschaftliche Dienstleistungen erheben und versuchen müssen, Einnahmen z.B. aus der Vermietung von Räumen...oder aus Laborleistungen zu erzielen.“<sup>80</sup>**

Detlef Müller-Böling, Chef des CHE, im Jahr 2000

#### **4.2 Sponsoren lieben die Uni Mannheim**

Geht es um Spenden und Sponsoring, so steht die Universität Mannheim bundesweit mit an der Spitze. Hier sponsern Stiftungen, Privatpersonen und private Unternehmen 21 Hörsäle.<sup>81</sup> 11 davon gehören zur Betriebswirtschaftlichen Fakultät, berichtet das Handelsblatt.<sup>82</sup> Ein Lehrsaal trägt den Namen der Unternehmensberatung KPMG.<sup>83</sup> Ein anderer Raum ist nach Manfred Lautenschläger benannt, dem Gründer des auf Akademiker spezialisierten Finanzdienstleisters MLP. Ein dritter Raum nennt sich „PwC“-Hörsaal<sup>84</sup>, nach PricewaterhouseCoopers, einer amerikanischen Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft. PwC finanzierte die Renovierung des Lehrsaals mit 300.000 Euro. Die beiden PwC-Vorstandsmitglieder Georg Kämpfer und Dieter Endres lehren an der Hochschule. „Die Absolventen sind für uns interessante Nachwuchskräfte“, erklärt Dieter Endres.<sup>85</sup>

Auch Hasso Plattner, Mitbegründer des Softwarekonzerns SAP, ist an der Uni Mannheim präsent. Er schenkte der Hochschule 10 Millionen Euro.<sup>86</sup> Zum Dank heißt die neue Bibliothek nun Hasso-Plattner-Bibliothek. „Eine der schönsten in Deutschland“, jubelt Unirektor Professor Hans-Wolfgang Arndt. 500 Lese- und Arbeitsplätze gebe es.

---

In allen Bereichen sei „eine drahtlose Internetverbindung via Funk-LAN möglich“, verkündet die Uni. Wohl dem, der einen Plattner hat.

Viel Geld von Privat floss auch, als die Mannheimer Uni ihren Senatsaal modernisierte. 200.000 Euro spendierten Stiftungen und Firmen wie BASF, Bilfinger Berger, HeidelbergCement, Heidelberger Druckmaschinen, MLP, SAP und Südzucker.<sup>87</sup> Privates Geld nutzen die Mannheimer ferner, um teure Wissenschaftler einzukaufen. Es sei gelungen, „sechstellige Summen an privaten Mitteln einzuwerben, um bei Gehaltsvorstellungen ausländischer Spitzenforscher nicht von vornherein resignieren zu müssen“.<sup>88</sup> So formuliert es Rektor Professor Arndt.

Und warum geht dieser Geldsegen auf Mannheim nieder? Die Antwort gab Jürgen M. Schneider, Vorstandsmitglied des Bauunternehmens Bilfinger Berger. Mit der Uni Mannheim liege „eine der besten Hochschulen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften direkt vor unserer Haustür“. Und von deren Leistungen profitierten die Unternehmen der Region.

Damit das so bleibt, will sich die Uni Mannheim auf „Kernkompetenzen konzentrieren“. Das verkündet die Hochschule im Oktober 2006.<sup>89</sup> Was heißt: Eine „Fakultät für Wirtschaftsinformatik“ wird aufgebaut. Gleichzeitig will die Hochschule drei Lehrstühle bei den Sprachwissenschaftlern streichen. Die Fächer der Philosophischen Fakultät „sollen in benachbarte Fakultäten aufgenommen werden.“ Also Wirtschaft rein, Geisteswissenschaften raus? Mitnichten, beteuert Uni-Rektor Hans-Wolfgang Arndt. Der Fächerkanon der Philosophischen Fakultät „bleibt nach diesen Vorstellungen vollständig erhalten.“ Studenten indes fürchten, „ihre Uni werde zu einer reinen Manager-Schule degradiert“.<sup>90</sup>

---

### ***Wirtschaft rein, Geisteswissenschaften raus***

Von 1995 bis 2005 verzichteten die Bundesländer darauf, 663 Professorenstellen bei den Sprach- und Kulturwissenschaften wiederzubesetzen.<sup>91</sup> Die Stellen wurden eingespart. Das belegen Zahlen des Statistischen Bundesamtes. In der klassischen Philologie sank die Zahl der Professuren um 35 Prozent. Bei den Erziehungswissenschaften lag der Abbau bei 34,8 Prozent. Wesentlich weniger kürzten Länder und Hochschulen bei den Ingenieurwissenschaften (13,3 Prozent) sowie bei Mathematik und Naturwissenschaften (4,3 Prozent). Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erlebten einen Aufschwung (plus 5,6 Prozent). „Angesichts dieser Zahlen“, erklärt der Präsident des Hochschulverbandes, Professor Bernhard Kempen, „brauchen wir nicht darüber streiten, ob es eine Krise der Sprach- und Kulturwissenschaften in Deutschland gibt.“

### ***4.3 Geldsegen wie noch nie***

Ein warmer Regen geht im Sommer 2007 auf die Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf nieder. Halt, nicht auf die gesamte Uni.<sup>92</sup> Nur eine Fakultät kommt in den Genuss des Geldsegens: Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät. So will es die Düsseldorfer Unternehmerfamilie Schwarz-Schütte. Sie stiftet 24 Millionen Euro – „die größte finanzielle Einzelzuwendung in der Geschichte der Düsseldorfer Universität“. Familie Schwarz-Schütte hatte zuvor ihre Aktienanteile am Arzneimittelhersteller Schwarz Pharma verkauft – „für rund 1,4 Milliarden Euro brutto“, wie die Financial Times Deutschland weiß.<sup>93</sup> Die 24 Millionen – also gerade mal 1,7 Prozent der von der Presse genannten Verkaufssumme – dienen dazu, ein neues Institut auf die Beine zu stellen: Das „Düsseldorfer Institut zur Förderung des Wettbewerbs in Wirtschaft und Gesellschaft“. Die Stifterfamilie zahlt zehn

---

Jahre lang für „bis zu sechs“ neue volkswirtschaftliche Professuren – samt „Folgepersonal und der notwendigen sächlichen Grundausstattung“. Außerdem wird gebaut. Die Fakultät bekommt „ein neues Gebäude auf einem attraktiven Universitätsgrundstück“ – das „Ökonomikum“.

Auch andernorts fließt im Jahr 2007 Geld ohne Ende: Die TU Hamburg-Harburg kommt in den Genuss einer 30-Millionen-Euro-Spende.<sup>94</sup> Der Geldgeber heißt Klaus-Michael Kühne, Hauptaktionär des Transport- und Logistikriesen Kühne + Nagel. Dank der Großspende entsteht an der TU nun die „Kühne School of Logistics and Management“. Die Frankfurter Goethe-Universität erhält 33 Millionen Euro, gestiftet von der Bankiersfrau Gertrud Kassel.<sup>95</sup> Mehr und mehr Unis und FHs bauen inzwischen Fundraising-Abteilungen auf – mit eigenem Personal und eigenem Etat.<sup>96</sup>

#### **4.4 Unternehmen sponsern den Professor**

Besonders gerne sponsern Unternehmen einen Lehrstuhl. Stiftungsprofessur nennt sich das. Allein die Johann-Wolfgang-Goethe Universität in Frankfurt am Main kam im Jahr 2004/2005 auf 36 Stiftungsprofessuren.<sup>97</sup> Sie „nimmt damit eine bundesweite Sonderstellung ein“, verkündet der Rechenschaftsbericht des Uni-Präsidenten. Im besagten Jahr zahlte der Pharmakonzern Aventis eine Stiftungsprofessur für chemische Biologie. T-Mobile sponserte eine Stiftungsprofessur für M-Commerce (Einkaufen per Mobilfunk). Die Dresdner Bank gab Geld für eine Stiftungsprofessur in „Wirtschaftsrecht/Law & Finance“. Degussa, Commerzbank, Deutsche Bank und die Milliardärin Johanna Quandt (Witwe von Herbert Quandt, dem Großaktionär bei BMW, Altana, u.a.) griffen ebenfalls in die Schatulle, um Professoren zu finanzieren.

---

Es grassiert eine wahre Stiftungsprofessoritis: RWE finanziert an der Uni Duisburg-Essen einen Lehrstuhl für Energiehandel.<sup>98</sup> Die Otto-Gruppe (Otto-Versand) sponsert an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg eine Stiftungsprofessur „Marketing und Strategischer Einkauf im Handel“.<sup>99</sup> Vodafone richtete an der TU Dresden bereits 1994 eine Stiftungsprofessur für Mobile Nachrichtensysteme ein.<sup>100</sup>

Frank Städtner vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in Essen schätzt, dass es bundesweit 500 solcher Professuren gibt.<sup>101</sup> Im Jahr 2001 lag die Zahl lediglich bei 200. „Schätzungsweise 300 Millionen Euro kommen so den Hochschulen direkt zu Gute“, so Städtner laut wdr.de. Ob er denn nicht Gefahren für die Freiheit von Lehre und Forschung sehe? Frank Städtner verneint. Natürlich sei inhaltlich eine „gewisse Affinität“ zu den stiftenden Unternehmen naheliegend. Aber die Erfahrung habe gezeigt, dass Universität und Unternehmen als gleichberechtigte Partner auftreten würden, wenn es um Stiftungsprofessuren gehe. Wer stiftet, spart kräftig Steuern. Das betont Lorenz Jarass, Professor an der University of Applied Sciences in Wiesbaden.<sup>102</sup> Eine Privatperson könne knapp 50 Prozent des gestifteten Betrages von der Steuer abziehen. Bei Unternehmen, so Jarass, seien es 40 Prozent, künftig 30 Prozent. Die Steuerzahler schiessen bei Stiftungsprofessuren also kräftig zu. „Es gibt aber nur wenig öffentlichen Einfluss auf die Stellenbesetzung“, kritisiert Professor Jarass.

#### **4.4 Stiftungsprofessur für PPP**

Was Unternehmen und Hochschul-Verantwortliche aushecken, treibt mitunter seltsame Blüten. So existiert seit Anfang 2007 an der Hochschule Bremerhaven eine Stiftungsprofessur für Public Private Partnership (PPP), nebst dazugehörigem Institut.<sup>103</sup> Finanziert mit 400.000 Euro.

---

Der Stifter ist selbst ein PPP-Projekt. Es handelt sich um die Bremerhavener Entsorgungsgesellschaft mbH (BEG).<sup>104</sup> Partner sind die Stadt Bremen und das private Entsorgungsunternehmen REMONDIS AG<sup>105</sup>, ehemals Rethmann, im westfälischen Lünen. Wenn öffentliche Hand mit privaten Dienstleistern zusammenwirkten, könnten „zukunftsorientierte Konzepte realisiert werden“, heißt es auf der Unternehmens-Homepage.<sup>106</sup>

Die Stiftungsprofessur nebst Institut sei eine „unabhängige Einrichtung“, versichert die Hochschule. Das PPP-Institut solle dazu beitragen, „Unsicherheiten und Ängste über den Abschluss von Verträgen zwischen Wirtschaft und Öffentlicher Hand abzubauen.“ Das klingt nicht gerade nach neutraler Aufgabenstellung. Doch Carsten Haneke, Inhaber des PPP-Lehrstuhls, beteuert: Lehrstuhl und Institut seien unabhängig.<sup>107</sup> „REMONDIS hat keine Zugriffsrechte“, erklärt der Hochschullehrer. Er selbst werde vom Land Bremen bezahlt, nicht von der BEG oder vom privaten Entsorgungsunternehmen. Haneke räumt jedoch ein, dass sich sein Institut unter anderem mit „Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie Abfallwirtschaft“ beschäftigt. Themen also, die das Lünener Unternehmen interessieren könnten.

---

## Quellen

- 75 Studieren im „Aldi“-Hörsaal, tagesschau.de, 2.11.2006
- 76 zum Folgenden: Neue Hörsaalbenennung an der FH, Pressemitteilung der FH Würzburg-Schweinfurt, 10/2006, zum Herunterladen unter: <http://www.fh-wuerzburg.de/paalg.htm>
- 77 <http://www.easycrredit.de/>
- 78 <http://www.teambank.de/geschichte.htm>
- 79 zum Folgenden: [http://www.uni-erlangen.de/infocenter/presse/pressemitteilungen/2007/nachrichten\\_2007/02\\_07/21hoersaal.shtml](http://www.uni-erlangen.de/infocenter/presse/pressemitteilungen/2007/nachrichten_2007/02_07/21hoersaal.shtml)
- 80 Detlef Müller-Böling, Die entfesselte Hochschule, Gütersloh 2000, Seite 197
- 81 Universitätsjubiläum: PwC übergibt neuen Hörsaal. Pressemitteilung der Uni Mannheim vom 27.2.2007: [http://www.uni-erlangen.de/infocenter/presse/pressemitteilungen/2007/nachrichten\\_2007/02\\_07/21hoersaal.shtml](http://www.uni-erlangen.de/infocenter/presse/pressemitteilungen/2007/nachrichten_2007/02_07/21hoersaal.shtml)
- 82 Astrid Dörner, Hörsäle werden zu Werbeflächen, Handelsblatt 2.4.2007
- 83 <http://www.uni-mannheim.de/ionas/uni/renaissance/>
- 84 Universitätsjubiläum: PwC übergibt neuen Hörsaal. Pressemitteilung der Uni Mannheim vom 27.2.2007
- 85 Universitätsjubiläum: PwC übergibt neuen Hörsaal. Pressemitteilung der Uni Mannheim vom 27.2.2007: [http://www.uni-erlangen.de/infocenter/presse/pressemitteilungen/2007/nachrichten\\_2007/02\\_07/21hoersaal.shtml](http://www.uni-erlangen.de/infocenter/presse/pressemitteilungen/2007/nachrichten_2007/02_07/21hoersaal.shtml)
- 86 zum Folgenden: Feierliche Übergabe der Hasso-Plattner-Bibliothek, Pressemitteilung der Universität Mannheim vom 25.10.2006
- 87 zum Folgenden: Bilfinger Berger-Vorstand Schneider: Unternehmen profitieren von Leistungen der Universität Mannheim, Pressemitteilung der Universität Mannheim, 23.11.2006
- 88 zitiert nach: Private Hochschulen in Deutschland – Reformmotor oder Randscheinung? Symposium der Hertie School of Governance und des CHE Centrum für Hochschulentwicklung am 7./8.November 2005 in Berlin, Berlin 2007, Seite 39
- 89 zum Folgenden siehe: Universitätsrat stimmt Eckpunkten des Konzeptes zur weiteren Profilbildung zu, Pressemitteilung der Universität Mannheim, 17.10.2006
- 90 Tanjev Schultz, Das Beben von Mannheim, Süddeutsche Zeitung, 13.11.2006



- 
- 91 zum Folgenden: Geisteswissenschaften verlieren in zehn Jahren 663 Professuren. Pressemitteilung des Deutschen Hochschulverbandes vom 20.8.2007
- 92 zum Folgenden: Pressemeldung der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 31.8.2007
- 93 Antonia Götsch und Peter Kuchenbuch, Unternehmerfamilie Schwarz-Schütte spendet Uni 25 Mio. Euro, in: Financial Times Deutschland, 30.8.2007
- 94 Großspende der Kühne-Stiftung, Pressemitteilung der TU Hamburg-Harburg, 5.7.2007
- 95 <http://www.muk.uni-frankfurt.de/pm/pm2007/0707/132/index.html>
- 96 vgl. [www.che.de/downloads/CHE\\_Fundraising\\_2007.pdf](http://www.che.de/downloads/CHE_Fundraising_2007.pdf)
- 97 dazu und zum Folgenden siehe: Rechenschaftsbericht des Präsidenten, Universität Frankfurt am Main, 2004-2005, Seite 52-55.
- 98 <https://www.rwe.com/generator.aspx/presse/language=de/id=76858?pmid=4001776>
- 99 siehe Stellenanzeige in DIE ZEIT, 12.4.2007
- 100 <http://tu-dresden.de/forschung/forschungskompetenz/stiftungsprofessuren>
- 101 zum Folgenden: Dorothee Bürkle, Spitzenforschung: Werkstoffe aus Bochum, wdr.de, 10.11.2006
- 102 Professor Jarass per E-Mail an den Autor am 22.1.2008
- 103 zum Folgenden: [http://www.hs-bremerhaven.de/Experte\\_fuer\\_Public-Private\\_Partnership\\_an\\_die\\_Hochschule\\_Bremerhaven\\_berufen.html?Mode=91](http://www.hs-bremerhaven.de/Experte_fuer_Public-Private_Partnership_an_die_Hochschule_Bremerhaven_berufen.html?Mode=91);  
siehe auch Kapitel über PPP im Privatisierungsreport Nr. 3
- 104 <http://www.beg-bhv.de/indexbeg.html>
- 105 [http://www.remondis.de/f\\_set.php](http://www.remondis.de/f_set.php)
- 106 [http://www.remondis.de/f\\_set.php](http://www.remondis.de/f_set.php)
- 107 zum Folgenden siehe: Telefonauskunft von Carsten Haneke am 7.12.2007 sowie E-Mail von Carsten Haneke am 11.12.2007

---

## 5. Von Milliardären und Heuschrecken

---

### 5.1 200 Millionen Euro aus der Kaffeekasse

Die Stiftung des Unternehmers Klaus J. Jacobs (ehemals Jacobs-Kaffee) zahlt 200 Millionen Euro, um die private International University Bremen zu beglücken. Diese Meldung lässt im Herbst 2006 den Blätterwald mächtig rauschen. „Noch nie hat eine deutsche Bildungseinrichtung eine derart hohe Einzelspende erhalten“, kommentiert die Financial Times Deutschland.<sup>108</sup> Laut Manager-Magazin besitzt Familie Jacobs ein Vermögen von 4,25 Milliarden Euro.<sup>109</sup>

Die Privat-Uni wurde 1999 gegründet – mit Hilfe der Rice University in Houston/Texas und einer Anschubfinanzierung des Landes Bremen in Höhe von 110 Millionen Euro. Sieben Jahre später, im Jahr 2006, drücken Geldsorgen.<sup>110</sup> Damit ist es nun vorbei. Das Dankeschön für den Spender: Die Hochschule heißt fortan Jacobs University Bremen<sup>111</sup> Rund 1.100 Frauen und Männer aus 91 Nationen studieren auf dem Campus. Gelehrt wird auf Englisch. Das Angebot reicht von Ingenieur- und Naturwissenschaften bis zu geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern. Die Studiengebühren betragen 15.000 Euro (Bachelor-Abschluss) bzw. 20.000 Euro (Master-Abschluss) pro Jahr.

Die Jacobs-Uni lege Wert auf „enge Zusammenarbeit mit Unternehmen“, heißt es in der Selbstdarstellung der Hochschule.<sup>112</sup> Sie vermittelt „Praktikanten, Werkstudenten, Mitarbeiter“. Sie bietet „Unternehmensbezogene Forschung“. Haben die Firmen Bedarf, stellt die Privat-Hochschule ihre „innovative Infrastruktur“ mit „parkähnlichen Campus“ zur Verfügung – für Tagungen und Kongresse.

---

### **„Tchibo verkauft nun auch BWL-Fernstudium.“<sup>113</sup>**

Handytarife, Versicherungen und Bahntickets hat der Kaffeeröster schon lange im Angebot. Doch Anfang November 2007 verkauft Tchibo etwas ganz neues – ein BWL-Studium an der privaten Fachhochschule Göttingen. Und das zum angeblichen Schnäppchenpreis. Wer sich bis zum Jahresende einschreibt, zahlt statt 298 Euro im Monat lediglich 248 Euro. Das berichtet tagesschau.de. Auch werde die einmalige Aufnahmegebühr von 650 Euro erlassen. tagesschau.de fragt: „Handelt es sich dabei nur um einen Marketing-Gag oder ist es der Beginn eines neuen Trends in der Bildungsvermarktung?“ Andreas Keller, Hochschulexperte der GEW: „Eine solche Vertriebsform ist unseriös.“

### **5.2 Milliardäre lieben Bildung**

Weitere Hochschuleinrichtungen tragen inzwischen den Namen eines deutschen Milliardärs:

- Hasso-Plattner-Institut für Softwaretechnik in Potsdam. 330 Studenten lassen sich hier zum Ingenieur für Informationstechnologie (IT) ausbilden.<sup>114</sup> Studiengebühren sind nicht zu zahlen. SAP-Mitgründer Plattner plant, im Laufe von 20 Jahren 200 Millionen Euro zu investieren. Hasso Plattner nennt ein Vermögen von 6,5 Milliarden Euro sein Eigen, so das Manager-Magazin.<sup>115</sup>
- Reinhold-Würth-Hochschule in Künzelsau. Der Schraubenkönig Reinhold Würth stellt 10 Millionen Euro zur Verfügung, um den Standort Künzelsau der staatlichen Hochschule Heilbronn zu fördern.<sup>116</sup> Studienschwerpunkte in Künzelsau sind Betriebswirt-

---

schaft, Marketing, Elektrotechnik und Wirtschaftsingenieurwesen.<sup>117</sup> Reinhold Würth besitzt nach Schätzungen des Manager-Magazins 5,35 Milliarden Euro.<sup>118</sup>

Auch Dieter Schwarz, der Gründer des Handelsimperiums von Lidl und Kaufland, reiht sich ein in die Riege der Bildungsfreunde. So sponsert die Dieter-Schwarz-Stiftung die „heilbronn business school“ (hbs), eine private Hochschule für Unternehmensführung.<sup>119</sup> Sie hat derzeit 200 Studierende. Die Stiftung finanzierte auch Stiftungsprofessuren – in Mannheim, Heilbronn, Karlsruhe und Reutlingen.<sup>120</sup> Dank Schwarz wurde an der Universität Halle-Wittenberg eine „Stiftungsprofessur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftsethik“ möglich. Wie die Uni-Pressestelle im März 2001 mitgeteilt hat, flossen dafür binnen fünf Jahren rund 750.000 Euro.<sup>121</sup> Dass ausgerechnet bei Dieter Schwarz ein Herz für Wirtschaftsethik pocht, löst bei Gewerkschaftern ungläubiges Staunen aus. Ist doch Lidl für ruppigen Umgang mit Beschäftigten bekannt – etwa wenn es darum geht, unliebsame Mitarbeiter rauszudrängen oder die Wahl von Betriebsräten zu torpedieren.<sup>122</sup> Laut Manager-Magazin besitzt Dieter Schwarz 10,3 Milliarden Euro – Platz vier auf der Liste „Die reichsten Deutschen“.<sup>123</sup>

### **5.3 Heuschrecken in Bad Honnef**

Eine Kleinstadt, eingebettet zwischen den Wäldern des Siebengebirges und dem Rhein, südöstlich von Bonn: Das ist Bad Honnef, Standort einer privaten Internationalen Fachhochschule. Die Unterrichtssprache ist Englisch. Ein dreijähriges Bachelor-Studium kostet um die 25.000 Euro Gebühren.<sup>124</sup> Für eine private FH alles ganz normal. Könnte man meinen.

---

Doch Investoren wie der Münchner Ingo Krocke wittern ein Bombengeschäft.<sup>125</sup> „Bildung ist ein Wachstumsmarkt“, wird Krocke von der Financial Times Deutschland zitiert. Laut einer australischen Studie vervierfacht sich die Nachfrage nach Hochschulbildung in den kommenden 20 Jahren. Bad Honnef könnte gut im Rennen liegen. Bildet die private Hochschule doch für Branchen aus, die beste Zukunftsaussichten haben: Hotel- und Luftverkehrsmanagement, Betriebswirtschaft und Eventmanagement. Was Investoren außerdem freut: Einnahmen aus Bildungsdienstleistungen sind weitgehend konjunkturunabhängig. Haben sich die Studenten erst einmal eingeschrieben, so Krocke, seien die Einnahmen für die nächsten Jahre relativ sicher.

Gleich mehrere Investoren buhlen im Frühsommer 2007 um die private FH. Angeblich auch der Klett-Verlag und der US-amerikanische Bildungskonzern Laureate Education<sup>126</sup>. Den Zuschlag im Bieterstreit erhält Ingo Krocke, der für die Münchner Private-Equity-Firma Auctus<sup>127</sup> arbeitet. Mit im Boot: Der Unternehmer Florian Schütz. Zusammen, berichtet die Presse, hätten sie einen „zweistelligen Millionenbetrag“ auf den Tisch gelegt. Zur Branche der Private-Equity-Firmen, mitunter als „Heuschrecken“ bezeichnet, gehören Unternehmen wie Blackstone, Cerberus, Permira oder KKR. Sie investieren in Unternehmen, um oftmals möglichst rasch hohe Renditen herauszuholen.

Finanzinvestoren sind nicht nur in Bad Honnef aktiv:

- Im Juni 2007 übernahm die Hamburger Educationtrend AG die International University in Bruchsal.<sup>128</sup> Die private Uni bietet BWL („Business Administration“), Naturwissenschaften oder Informationstechnologie.<sup>129</sup> Hinter Educationtrend steht die Aton GmbH, ein Finanzinvestor mit Sitz in Fulda.

- 
- Educationtrend besitzt eine weitere Privat-Uni – die Hanseatic University in Rostock-Warnemünde. Die Hochschule wirbt per Zeitungsanzeige um Studenten: „Studiengänge der Spitzenklasse“/„Ihre berufliche Zukunft erfährt dadurch eine nachhaltige Aufwertung“.<sup>130</sup>
  - Ebenfalls im Juni 2007 wurde bekannt, dass der Düsseldorfer Finanzinvestor Droege International bei der wirtschaftlich angeschlagenen Privat-Uni Witten/Herdecke einsteigt – mit 12 Millionen Euro.<sup>131</sup> Ein harter Sanierungskurs soll die Hochschule wieder flott machen. „So werden im ersten Schritt die Studiengebühren auf 800 Euro monatlich erhöht“.<sup>132</sup> Das berichtet die Financial Times Deutschland.

## Quellen

- 108 Hugh Williamson, Rekordspende für Bremer Uni, Financial Times Deutschland, 1.11.2006
- 109 Manager-Magazin spezial, Die 300 reichsten Deutschen, Oktober 2007
- 110 vgl. Gordon Bolduan, Studium aus der Kaffeekasse, Spiegel-Online, 25.3.2007
- 111 zum Folgenden: <http://www.jacobs-university.de/about/facts/quickfacts/>
- 112 Homepage der Hochschule, Stichwort „Unternehmen“, gefunden und ausgedruckt am 7.5.2007
- 113 Zum Folgenden: Claudia Thöring, tageschau.de, 14.11.2007, und Maya Engelmann, Studium der Betriebswirtschaftslehre bei Tchibo im Sonderangebot, Hamburger Abendblatt, 2.11.2007
- 114 <http://www.hpi.uni-potsdam.de/hpi.html>
- 115 Manager-Magazin spezial, Die 300 reichsten Deutschen, Oktober 2007
- 116 <http://www.wuerth.de/de/wuerth/stiftung2.html>

- 
- 117 <http://www.fh-heilbronn.de/studiengaenge/>
  - 118 Manager-Magazin spezial, Die 300 reichsten Deutschen, Oktober 2007
  - 119 <http://www.heilbronn-business-school.de/index.php?page=1>
  - 120 zum Folgenden: <http://www.dieter-schwarz-stiftung.de/index.php?page=28>
  - 121 <http://www.verwaltung.uni-halle.de/DEZERN1/presse/aktuellemeldungen/stiftwie.htm>
  - 122 vgl. Andreas Hamann, Gudrun Giese, Schwarzbuch Lidl. Billig auf Kosten der Beschäftigten, Berlin
  - 123 Manager-Magazin spezial, Die 300 reichsten Deutschen, Oktober 2007
  - 124 Daten&Fakten, zum Herunterladen unter: <http://www.fh-bad-honnef.de/cms/index.php/de/downloads/bachelor>
  - 125 zum Folgenden: Antonia Götsch, Investor übernimmt FH am Rhein, Financial Times Deutschland, 10.7.2007
  - 126 <http://www.laureate-inc.com/>
  - 127 <http://www.auctus.com/>
  - 128 <http://www.educationtrend.com/de/fakten.html>
  - 129 <http://www.i-u.de/nav-main/home.html>
  - 130 Zeitungsanzeige in der Süddeutschen Zeitung, 28./29.7.2007
  - 131 <http://wga.dmz.uni-wh.de/orga/html/default/edrr-5ffg5.de.html?ID=34D5EA224F93F299C1257300005F494B>
  - 132 Antonia Götsch und Marion Schmidt, August Oetker düpiert Investoren, Financial Times Deutschland, 21.6.2007



## 6. Die Strippenzieher

---

### 6.1 Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V., Essen und Berlin

Hinter dem weltanschaulich neutral klingenden Namen verbirgt sich ein arbeitgeberlastiger Verein: Präsident des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft ist Arend Oetker (Oetker). Als Vizepräsidenten amtieren Wulf H. Bernotat (E.ON) und Jürgen Hambrecht (BASF).<sup>133</sup> Die Liste der „persönlichen Mitglieder“ liest sich wie das Who is who der deutschen Wirtschaft – von A wie Josef Ackermann (Deutsche Bank) bis Z wie Dieter Zetsche (Daimler). Frauen stehen nicht auf dieser Liste, Arbeitnehmervertreter auch nicht. Dafür gehören zum Vorstand „von Amts wegen“<sup>134</sup>, wie die Stiftung betont: Der Bundesverband der Deutschen Industrie, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag.

Welche Ziele verfolgen die wirtschaftsnahen Stifter? „Wir machen den Hochschulen Beine.“<sup>135</sup> Und: „Wir bringen Wettbewerb in die Forschung“. Bereits im Dezember 1994 organisierte der Stifterverband in Bad Homburg die Tagung „Hochschulreform durch Leistungswettbewerb und Privatisierung?“<sup>136</sup> Schon damals forderte der Verein mehr Autonomie, Qualitätssicherung durch Evaluation und Akkreditierung, leistungsbezogene Mittelverteilung und die Stärkung der Hochschulleitungen.

„Viele dieser Freiheiten“, resümiert der Verein<sup>137</sup>, seien inzwischen „den Hochschulen gewährt“ worden. Doch damit geben sich die wirtschaftsnahen Stifter nicht zufrieden. Jetzt gelte es, „die neuen Möglichkeiten offensiv aufzugreifen“. Dazu startete der Stifterverband – gemeinsam mit der Stiftung des Paderborner Computer-Unternehmers Heinz Nixdorf – das Programm „Die deregulierte Hochschule“<sup>138</sup>: Fünf „Modellhochschulen“ erhalten jeweils 500.000 Euro, „um sie bei ihrer Entwicklung zu autonomen Institutionen zu unterstützen“.

---

Damit habe der Verband „seine eigene Exzellenzinitiative ins Leben gerufen“. In den Genuss der Fördergelder kommen die TUs in Darmstadt, Dresden und München sowie die Universitäten Heidelberg und Göttingen.

### **6.2 Aktionsrat Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw), München**

Der Aktionsrat Bildung wurde 2005 als „Expertengremium renommierter Bildungsexperten“<sup>139</sup> ins Leben gerufen. Mitglied sind unter anderem Dieter Lenzen (Präsident der FU Berlin), Ludger Wößmann (Bildungsökonom an der LMU München, Leiter des Bereichs „Humankapital und Innovation“ am Münchner ifo-Institut für Wirtschaftsforschung) und Detlef Müller-Böling (CHE). Hinter dem Aktionsrat steht die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw).<sup>140</sup> Die vbw bündelt rund 80 Arbeitgeber- und Industrieverbände sowie 30 Einzelunternehmen.

Auch der Aktionsrat Bildung plädiert für Wettbewerb und Autonomie der Hochschulen. Zufrieden stellt er in seinem Jahresgutachten 2007<sup>141</sup> fest: „Weite Teile der Reformen“ seien „zumindest in der Grundphilosophie umgesetzt.“<sup>142</sup> Die „Fiktion einer Gleichheit aller Hochschulen in Deutschland“ habe sich „aufgelöst“. Der Aktionsrat Bildung begrüßt die Studiengebühren.<sup>143</sup> „Die Bedeutung von Effizienz und Effektivität“, so der Aktionsrat, „kann durch die Zahlung von Studienbeiträgen einen wichtigen Impuls erhalten.“<sup>144</sup>

### **6.3 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.(IW), Köln**

Die Denkfabrik, am Kölner Gustav-Heinemann-Ufer in Sichtweite des Rheins gelegen, wird von Arbeitgeber- und Industrie-Verbänden finanziert.<sup>145</sup> „Wir vertreten eine klare marktwirtschaftliche Position“, lautet

---

das Selbstverständnis des Instituts.<sup>146</sup> Der Jahresetat liegt bei rund 10 Millionen Euro.<sup>147</sup> Allein 30 Wissenschaftler und Instituts-Mitarbeiter kümmern sich um Bildungsfragen. Eine von ihnen ist die studierte Lehrerin Christiane Konegen-Grenier. Die Liste ihrer Veröffentlichungen macht deutlich, welche Themen der IW-Frau wichtig sind: „Zukunftskonzept Hochschulautonomie“, „Hochschulunternehmen“ oder „Public Private Partnership in der wissenschaftlichen Weiterbildung“.<sup>148</sup>

Das IW fordert unter anderem, Bildungsgutscheine an den Hochschulen einzuführen.<sup>149</sup> Studierende erhalten Gutscheine, die sie an der Hochschule ihrer Wahl einreichen. Unis und FHs bekommen pro Gutschein 2.500 Euro jährlich von einem Fonds, den die Bundesländer finanzieren. Je mehr Gutscheine eine Hochschule einsammelt, desto größer ist deren Etat. Studentinnen und Studenten erhalten in diesem System Nachfrage-Macht. Das zwingt die Hochschulen, ihr Angebot „stärker an die Nachfrage“ anzupassen. Die Folge, so verspricht das IW, seien „optimale Studienbedingungen“. Denn nur die Hochschulen, die sich um gute Lehre und gute Ausstattung von Bibliotheken oder Labors kümmern, gewinnen im Wettbewerb um Studierende und sammeln viele Gutscheine ein. Wer dies unterlässt, wird durch Geldentzug bestraft. Das IW verspricht, dass die Gutscheine segensreiche Wirkungen entfalten. Lange Ausbildungszeiten, zu hohe Kosten, verkrustete Strukturen – alles passé. Nachzulesen sind diese Thesen im Gutachten „Nachfrageorientierte Hochschulfinanzierung“. Das Gutachten erstellte das IW im Auftrag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie – und der Schweizer Großbank Credit Suisse.<sup>150</sup>

---

**„Man trägt eine bestimmte Summe Bildungsgeld und eine bestimmte Anzahl an Bildungsgutscheinen mit sich – wann und wo diese dann auf dem Markt eingelöst werden, bleibt letztlich jedem selbst überlassen.“<sup>151</sup>**

Detlef Müller-Böling, Chef des CHE, im Jahr 2000

Die GEW widersetzt sich dem Ziel, marktwirtschaftliche Elemente im öffentlichen Bildungswesen durchzusetzen.<sup>152</sup> Denn Unis und Fachhochschulen haben im Gutschein-System keine verlässlichen Einnahmen, betont die Gewerkschaft. Sie wissen nicht, wieviel Gutscheine sie einreichen können. Ob dies die Studienbedingungen für alle verbessere, ist deshalb höchst fraglich. Leidtragende sind zudem Dozenten, wissenschaftliche Mitarbeiter und nicht-wissenschaftliche Angestellte der Hochschulen. Denn tarifvertraglich geregelte und unbefristete Beschäftigung geht in diesem System weiter zurück. Zeitverträge, Honorarverträge und andere Formen prekärer Beschäftigung nehmen zu, befürchtet die Gewerkschaft.

#### **6.4 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH, Köln (INSM)**

Enge Kontakte zum IW pflegt die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).<sup>153</sup> Seit dem Jahr 2000 betreibt die Kölner PR-Organisation Öffentlichkeitsarbeit, veranstaltet Kongresse und finanziert Studien. Ihr Jahresetat beträgt 8,32 Millionen Euro, finanziert von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Ziel ist, den angeblichen „Reformstau“ aufzulösen – auch im Bildungsbereich. Die INSM propagiert Studiengebühren und erstellt jährlich den so genannten Bildungsmonitor. Dort misst sie, „welcher bildungspoliti-

---

sche Handlungsbedarf in den 16 Bundesländern besteht.<sup>154</sup> Ein weiteres Projekt der INSM heißt unichck.de. Das Online-Portal will nach eigenen Worten „die Verwendung von Studiengebühren kontrollieren und öffentlich machen.“<sup>155</sup> Außerdem erstellt unichck.de ein Hochschulranking.<sup>156</sup>

### **6.5 Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), Gütersloh**

Das Gütersloher Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) wurde 1994 aus der Taufe gehoben. 2001 teilte sich das Centrum in zwei Gesellschaften – in die gemeinnützige CHE Concept GmbH und die privatwirtschaftlich arbeitende CHE Consult GmbH.<sup>157</sup>

CHE Concept wird von der Bertelsmann-Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz getragen.<sup>158</sup> Sie hat derzeit 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.<sup>159</sup> Der Jahresetat beträgt 1,6 Millionen Euro, finanziert im Wesentlichen von der Bertelsmann-Stiftung.<sup>160</sup> CHE Concept sieht sich als Denkfabrik und „Reformwerkstatt“, bietet Fortbildungsprogramme und verantwortet das CHE-Hochschulranking.

Daneben existiert die CHE Consult GmbH.<sup>161</sup> Sie ist eine kommerzielle Unternehmensberatung für Hochschulen mit zur Zeit 17 Mitarbeitern.<sup>162</sup> Sie arbeitet im Auftrag diverser Hochschulen und Bundesländer. Gegen Honorar, versteht sich. So führt die Universität Oldenburg derzeit ein neues, internes Budgetierungsverfahren ein. „Das begleiten wir“, sagt Christian Berthold, Geschäftsführer von CHE Consult.<sup>163</sup> Die TU Berlin organisiert ihr Controlling neu – unterstützt durch die CHE-Unternehmensberatung. Das Land Brandenburg prüft, nach welchen Kriterien das landeseigene Hochschulbudget auf Unis und FHs verteilt wird. „An der Evaluation dieses Verteilsystems sind wir beteiligt“, erläutert Christian Berthold.

---

Seit der Gründung steht Detlef Müller-Böling an der Spitze der Denkfabrik. Heute leitet er CHE Concept. Er hat Betriebswirtschaft studiert, ist Professor für Empirische Wirtschafts- und Sozialforschung und ehemaliger Rektor der Uni Dortmund.

1998 gehörten Müller-Böling und andere CHE-Mitarbeiter zu den Teilnehmern des „Initiativkreises Bildung“ der Bertelsmann-Stiftung.<sup>164</sup> In einem Memorandum, veröffentlicht im April 1999, forderte der Initiativkreis unter anderem Studiengebühren, Bachelor- und Masterstudiengänge, extern besetzte Hochschulräte sowie Finanzautonomie für Unis und FHs.

2000 veröffentlichte Müller-Böling das programmatische Buch „Die entfesselte Hochschule“. Dort fordert er genau jenen Umbau, der heute in vollem Gange ist.

2002/2003 gehörte der CHE-Chef zur Dohnanyi-Kommission in Hamburg.

Im November 2005 veranstaltete CHE Concept zusammen mit der Hertie School of Governance ein Symposium zum Thema „Private Hochschulen in Deutschland – Reformmotor oder Randerscheinung?“<sup>165</sup>

2006 untersuchte CHE Concept Studienkredit-Angebote – die Ergebnisse wurden in der Zeitschrift Capital (Gruner + Jahr, also Bertelsmann) veröffentlicht.<sup>166</sup>

Kritischen Bildungsfachleuten ist die Bertelsmann-Denkfabrik schon lange ein Dorn im Auge. Andreas Keller, Vorstandsmitglied der GEW, spricht von einem „Think Tank für eine neoliberale Umstrukturierung des Hochschulwesens.“<sup>167</sup> Inzwischen orientiere sich der „Mainstream der Hochschulpolitik“ an den Reformkonzepten des CHE.<sup>168</sup> Der Poli-

---

tikwissenschaftler Kyrosch Alidusti schreibt: Zu den Methoden, mit denen der Think Tank seine Ziele verfolge, gehörten „Öffentlichkeitsarbeit und personelle Netzwerke“. <sup>169</sup> Außerdem nutze das Institut die „strategische Platzierung und Terminierung von Umfragen“. Alidusti warnt vor der „direkten Einflussnahme auf Ministerien.“

Wolfgang Lieb erinnert in diesem Zusammenhang an die „10 CHE-Anforderungen an ein Hochschulfreiheitsgesetz für Nordrhein-Westfalen“, veröffentlicht Ende 2005. <sup>170</sup> Wenige Wochen später ging NRW-Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) vor die Presse. Er legte Eckpunkte zum geplanten Gesetz vor. Die, schimpft Lieb, enthielten Formulierungen des CHE „teilweise bis in den Wortlaut hinein“. Zwei Tage später meldete sich das CHE erneut zu Wort. Die Gütersloher begrüßten die Eckpunkte, sahen aber noch „Entwicklungspotenziale“. <sup>171</sup> Für Wolfgang Lieb ein unmöglicher Vorgang: Müller-Böling „erteilt dem Minister Zensuren“. <sup>172</sup>

Der CHE-Chef bestreitet, der geistige Vater des NRW-Gesetzes zu sein. „Das ist doch Unsinn“, erklärt Müller-Böling. <sup>173</sup> Vielmehr, so der Wirtschaftsprofessor, gebe es eine „allgemeine Entwicklung“, die zu Gesetzesnovellen in vielen Bundesländern geführt habe. Hochschulen würden jetzt aus der staatlichen Obhut in die Autonomie entlassen. <sup>174</sup>

## **6.6 McKinsey & Company Inc., Düsseldorf**

Die amerikanische Unternehmensberatung beschäftigt weltweit 13.000 Menschen. Das Deutschland-Büro mit Sitz in Düsseldorf kommt auf 1.900 Mitarbeiter. <sup>175</sup> „Als Unternehmen mit US-amerikanischer Tradition“ sei soziales Engagement „selbstverständlich“ <sup>176</sup>, schreibt McKinsey Deutschland auf seiner Homepage. Zum gemeinnützigen Engagement zählt das Beratungs-Unternehmen auch seine bildungspolitischen Aktivitäten:

---

1998 arbeitete McKinsey im „Initiativkreis Bildung“ der Bertelsmann-Stiftung mit.

Im Jahr 2000 gründete das Unternehmen die Plattform „e-fellows.net“ – ein Netzwerk für die „besten Studierenden im deutschsprachigen Raum“ und die „Topunternehmen der europäischen Wirtschaft“.<sup>177</sup> Beteiligt sind die Deutsche Telekom und die Verlagsgruppe Holtzbrinck.

2002/2003 unterstützte McKinsey die Dohnanyi-Kommission.<sup>178</sup> Die Kommission formulierte Vorschläge, wie Hamburgs Hochschulen umzubauen sind.

2004 hob McKinsey zusammen mit dem SPIEGEL den Studentenspiegel aus der Taufe<sup>179</sup> – eine Online-Befragung, an der mehr als 80.000 Studierende teilnahmen. Die Ergebnisse der Umfrage wurden zu einem Uni-Ranking verarbeitet.

**„Die genaue Höhe der Studiengebühren sollte – auf einem Spektrum zwischen 2.000 und 4.000 Euro pro Jahr – von den Hochschulen selbst festgelegt werden...“<sup>180</sup>**

Jürgen Kluge, Chef von McKinsey Deutschland (1999 bis 2006), im Jahr 2003

Zwischen McKinsey und Bertelsmann-Stiftung gibt es zahlreiche Verbindungen. Sie arbeiteten bei Projekten zusammen.<sup>181</sup> Johannes Meier, Vorstand der Bertelsmann-Stiftung, war acht Jahre lang ein „Mecki“, ein McKinsey-Berater.<sup>182</sup> Auch Brigitte Mohn, Tochter des Bertelsmann-Patriarchen Reinhard Mohn und seit 2005 im Vorstand der Bertelsmann-Stiftung, machte bei McKinsey beruflich Station.<sup>183</sup>



---

## Quellen

- 133 <http://www.stifterverband.de/site/php/organisation.php?SID=&seite=Vorstand>
- 134 <http://www.stifterverband.de/site/php/organisation.php?SID=&seite=Vorstand>
- 135 <http://www.stifterverband.de/site/php/organisation.php?SID=&seite=Ziele>
- 136 [http://www.deregulierte-hochschule.de/cms/front\\_content.php?idart=25](http://www.deregulierte-hochschule.de/cms/front_content.php?idart=25)
- 137 [http://www.deregulierte-hochschule.de/cms/front\\_content.php?idart=25](http://www.deregulierte-hochschule.de/cms/front_content.php?idart=25)
- 138 [http://www.deregulierte-hochschule.de/cms/front\\_content.php?idcat=2](http://www.deregulierte-hochschule.de/cms/front_content.php?idcat=2)
- 139 <http://www.aktionsrat-bildung.de/index.php?id=8>
- 140 [http://www.vbw-bayern.de/agv/Wir\\_ueber\\_uns-Mitglieder-5049.htm?PHPSESSID=ca21a574d61a383f3ad186f7aa744ca1](http://www.vbw-bayern.de/agv/Wir_ueber_uns-Mitglieder-5049.htm?PHPSESSID=ca21a574d61a383f3ad186f7aa744ca1)
- 141 zum Download unter: <http://www.aktionsrat-bildung.de/index.php?id=14>
- 142 Aktionsrat Bildung, Jahresgutachten 2007, S. 98
- 143 Aktionsrat Bildung, Jahresgutachten 2007, S. 155
- 144 Aktionsrat Bildung, Jahresgutachten 2007, S.62
- 145 zum IW siehe auch Privatisierungsreport Nr.3, Kapitel über Schülerfirmen
- 146 <http://www.iw-koeln.de/default.aspx?p=cont&i=18328&n=Green156&m=gruen&f=1&ber=Selbstdarstellung>
- 147 IW-Geschäftsbericht 2006/2007, Seite 33
- 148 <http://www.iw-koeln.de/default.aspx?p=cont&i=18028&n=Wissen66&m=wiss&f=1&ber=Wissenschaft>
- 149 Studiengutscheine: Tuning für die Hochschulen, in: iwd, Nr.49, 7.12.2006
- 150 Studiengutscheine: Tuning für die Hochschulen, in: iwd, Nr.49, 7.12.2006
- 151 Detlef Müller-Böling, Die entfesselte Hochschule, Gütersloh 2000, Seite 204
- 152 zur Kritik an Bildungsgutscheinen siehe auch Privatisierungsreport Nr. 4
- 153 [http://www.insm.de/Die\\_INSM.html#p56505](http://www.insm.de/Die_INSM.html#p56505)
- 154 <http://www.insm-bildungsmonitor.de/faq.html>
- 155 <http://www.unicheck.de/about.html>

- 
- 156 <http://www.unicheck.de/ranking.html>
- 157 <http://www.che-consult.de/cms/?getObject=372&getName=CHE+Consult&getLang=de>
- 158 zum Folgenden siehe: <http://www.che-concept.de/cms/?getObject=237&getName=Das+CHE&getLang=de>
- 159 Auskunft von Christian Berthold, Geschäftsführer der CHE Consult GmbH, per Telefon und E-Mail am 17.12.2007
- 160 <http://www.che-concept.de/cms/?getObject=237&getName=Das+CHE&getLang=de>
- 161 <http://www.che-consult.de/cms/?getObject=372&getName=CHE+Consult&getLang=de>
- 162 Auskunft von Christian Berthold, Geschäftsführer der CHE Consult GmbH, per Telefon und E-Mail am 17.12.2007
- 163 Auskunft von Christian Berthold, Geschäftsführer der CHE Consult GmbH, per Telefon und E-Mail am 17.12.2007
- 164 „Zukunft gewinnen – Bildung erneuern. Memorandum“, Initiativkreis Bildung der Bertelsmann-Stiftung unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten, Gütersloh 1999, zum Download unter:  
[http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A00F14-8BB79DF3/bst/hs.xml/suche.htm?innerRequest=true&suchbegriff=McKinsey&Suche\\_absenden.x=14&Suche\\_absenden.y=8](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A00F14-8BB79DF3/bst/hs.xml/suche.htm?innerRequest=true&suchbegriff=McKinsey&Suche_absenden.x=14&Suche_absenden.y=8)
- 165 <http://www.che-concept.de/cms/?getObject=5&getName=Pressemitteilung+vom+04.07.2007&getNewsID=694&getCB=2&getPM&getLang=de>
- 166 Was Studienkredite wirklich bieten, Pressemitteilung des CHE vom 10.5.2006
- 167 Andreas Keller, Zukunft Alma Mater GmbH, Privatisierung der Bildung Teil 4, in: Freitag, 29.9.2006
- 168 Andreas Keller, Zukunft Alma Mater GmbH
- 169 Kyrosch Alidusti, Wie das CHE Inhalte stiftet – die „Politikberatung“ der Bertelsmann-Tochter, in: Jens Wernicke, Torsten Bultmann (Hrsg.), Netzwerk der Macht – Bertelsmann, zweite, erweiterte Auflage, Oktober 2007, Marburg, Seite 195
- 170 „10 CHE-Anforderungen an ein Hochschulfreiheitsgesetz für Nordrhein-Westfalen“, zum Download unter: [www.che.de/downloads/Zehn\\_Anforderungen\\_Hochschulgesetz\\_NRW\\_422.pdf](http://www.che.de/downloads/Zehn_Anforderungen_Hochschulgesetz_NRW_422.pdf)

- 
- 171 „CHE begrüßt Eckpunkte...“zum Download unter: [www.che.de/downloads/Bewertung\\_NRW\\_Eckpunkte060127\\_440.pdf](http://www.che.de/downloads/Bewertung_NRW_Eckpunkte060127_440.pdf)
- 172 Wolfgang Lieb, Innovationsminister Pinkwart aus NRW macht den Bock zum Gärtner, [nachdenkseiten.de](http://nachdenkseiten.de), 16.11.2005:  
<http://www.nachdenkseiten.de/?p=1870#more-1870>
- 173 zitiert nach: Kay Meiners, Christoph Mulitze, Wie unternehmerisch soll die Hochschule sein? Streitgespräch zwischen Detlef Müller-Böling, Leiter des CHE, und Andreas Keller, Vorstandsmitglied der GEW, Mitbestimmung 4/2007
- 174 zur weiteren Kritik am CHE siehe Privatisierungsreport Nr.2, Kapitel über die Bertelsmann-Stiftung
- 175 <http://www.mckinsey.de/profil/firm/lokalepraesenz.htm>
- 176 <http://www.mckinsey.de/profil/firm/unternehmerischeverantwortung.htm>
- 177 <http://www.e-fellows.net/show/detail.php/225>
- 178 siehe Vorwort des Abschlussberichts der Dohnanyi-Kommission
- 179 <http://www.studentenspiegel1.de/>
- 180 Jürgen Kluge, Schluss mit der Bildungsmisere. Ein Sanierungskonzept, Frankfurt am Main, 2003, Seite 163
- 181 <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F28-F49268A6/bst/hs.xsl/suche.htm?innerRequest=true&suchbegriff=McKinsey>
- 182 [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-8BB79DF3/bst/hs.xsl/9913\\_10142.htm](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-8BB79DF3/bst/hs.xsl/9913_10142.htm)
- 183 [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F28-95BA1AB8/bst/hs.xsl/9913\\_10144.htm](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F28-95BA1AB8/bst/hs.xsl/9913_10144.htm)

---

## 7. Was die GEW fordert

---

- Studiengebühren abschaffen.
- Bund und Länder müssen die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen beseitigen. Die erforderlichen Einnahmen lassen sich erzielen, wenn der Staat auf die jüngste Unternehmenssteuerreform verzichtet, die Vermögenssteuer wieder einführt und die Erbschaftssteuer erhöht.
- Für einen erweiterten Bildungsbegriff. Bildung ist mehr als die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt.
- Gegen den neoliberalen Umbau der Hochschulen. Unis und FHs sind öffentliche Einrichtungen – keine Dienstleistungsanbieter, die wie private Unternehmen nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage funktionieren.
- Gegen die Umwandlung von Hochschulen in Stiftungsuniversitäten.
- Die tarifliche Regelung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen aller wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- Mindestlohn für freiberufliche Lehrbeauftragte.
- BAföG-Sätze erhöhen. Darlehensanteil senken, damit nach Abschluss des Studiums weniger Kredit zurückzahlen ist.
- Die leistungsabhängige Verteilung von Geldern an Lehrstühle und Fakultäten muß auf den Prüfstand.
- Mitbestimmungsrechte von Studierenden, Hochschullehrern und anderen Beschäftigten ausbauen.

- 
- Wenn Hochschulräte, dann müssen Arbeitnehmervertreter mitarbeiten. Den Einfluss der großen Aktiengesellschaften begrenzen.
  - Gegen die Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes (HRG). Der Bund muß die Kompetenz behalten, nationale Rahmenbedingungen zu schaffen (damit z.B. eine Studentin, die von Hessen nach Sachsen wechselt, Studienleistungen anerkannt bekommt).
  - Keine Produkt- oder Firmenwerbung in Hörsälen.

## Ihr Kontakt zur GEW

---

### **GEW Baden-Württemberg**

Silcherstraße 7  
70176 Stuttgart  
Telefon: 0711/21030-0  
Telefax: 0711/2103045  
E-Mail: [info@gew-bw.de](mailto:info@gew-bw.de)  
[www.gew-bw.de](http://www.gew-bw.de)

### **GEW Bayern**

Schwanthalerstraße 64  
80336 München  
Telefon: 089/544081-0  
Telefax: 089/5389487  
E-Mail: [info@gew-bayern.de](mailto:info@gew-bayern.de)  
[www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)

### **GEW Berlin**

Ahornstraße 5  
10787 Berlin  
Telefon: 030/219993-0  
Telefax: 030/219993-50  
E-Mail: [info@gew-berlin.de](mailto:info@gew-berlin.de)  
[www.gew-berlin.de](http://www.gew-berlin.de)

### **GEW Brandenburg**

Alleestraße 6a  
14469 Potsdam  
Telefon: 0331/27184-0  
Telefax: 0331/27184-30  
E-Mail: [info@gew-brandenburg.de](mailto:info@gew-brandenburg.de)  
[www.gew-brandenburg.de](http://www.gew-brandenburg.de)

### **GEW Bremen**

Löningstraße 35  
28195 Bremen  
Telefon: 0421/33764-0  
Telefax: 0421/33764-30  
E-Mail: [info@gew-hb.de](mailto:info@gew-hb.de)  
[www.gew-bremen.de](http://www.gew-bremen.de)

### **GEW Hamburg**

Rothenbaumchausee 15  
20148 Hamburg  
Telefon: 040/414633-0  
Telefax: 040/440877  
E-Mail: [info@gew-hamburg.de](mailto:info@gew-hamburg.de)  
[www.gew-hamburg.de](http://www.gew-hamburg.de)

### **GEW Hessen**

Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt am Main  
Telefon: 069/971293-0  
Telefax: 069/971293-93  
E-Mail: [info@gew-hessen.de](mailto:info@gew-hessen.de)  
[www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)

### **GEW Mecklenburg- Vorpommern**

Lübecker Straße 265a  
19059 Schwerin  
Telefon: 0385/485270  
Telefax: 0385/4852724  
E-Mail: [landesverband@mvp.gew.de](mailto:landesverband@mvp.gew.de)  
[www.gew-mv.de](http://www.gew-mv.de)

### **GEW Niedersachsen**

Berliner Allee 16  
30175 Hannover  
Telefon: 0511/33804-0  
Telefax: 0511/33804-46  
E-Mail: [email@gew-nds.de](mailto:email@gew-nds.de)  
[www.gew-nds.de](http://www.gew-nds.de)

### **GEW Nordrhein-Westfalen**

Nünningstraße 11  
45141 Essen  
Telefon: 0201/294030-1  
Telefax: 0201/29403-51  
E-Mail: [info@gew-nrw.de](mailto:info@gew-nrw.de)  
[www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de)

### **GEW Rheinland-Pfalz**

Neubrunnenstraße 8  
55116 Mainz  
Telefon: 06131/28988-0  
Telefax: 06131/28988-80  
E-Mail: [gew@gew-rlp.de](mailto:gew@gew-rlp.de)  
[www.gew-rlp.de](http://www.gew-rlp.de)

### **GEW Saarland**

Mainzer Straße 84  
66121 Saarbrücken  
Telefon: 0681/66830-0  
Telefax: 0681/66830-17  
E-Mail: [info@gew-saarland.de](mailto:info@gew-saarland.de)  
[www.gew-saarland.de](http://www.gew-saarland.de)

### **GEW Sachsen**

Nonnenstraße 58  
04229 Leipzig  
Telefon: 0341/4947404  
Telefax: 0341/4947406  
E-Mail: [gew-sachsen@t-online.de](mailto:gew-sachsen@t-online.de)  
[www.gew-sachsen.de](http://www.gew-sachsen.de)

### **GEW Sachsen-Anhalt**

Markgrafenstraße 6  
39114 Magdeburg  
Telefon: 0391/73554-0  
Telefax: 0391/7313405  
E-Mail: [info@gew-lsa.de](mailto:info@gew-lsa.de)  
[www.gew-lsa.de](http://www.gew-lsa.de)

### **GEW Schleswig-Holstein**

Legienstraße 22-24  
24103 Kiel  
Telefon: 0431/554220  
Telefax: 0431/554948  
E-Mail: [info@gew-sh.de](mailto:info@gew-sh.de)  
[www.gew-sh.de](http://www.gew-sh.de)

### **GEW Thüringen**

Heinrich-Mann-Straße 22  
99096 Erfurt  
Telefon: 0361/59095-0  
Telefax: 0361/59095-60  
E-Mail: [info@gew-thueringen.de](mailto:info@gew-thueringen.de)  
[www.gew-thueringen.de](http://www.gew-thueringen.de)

### **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hauptvorstand**

Reifenberger Straße 21  
60489 Frankfurt am Main  
Telefon: 069/78973-0  
Telefax: 069/78973-201  
E-Mail: [info@gew.de](mailto:info@gew.de)  
[www.gew.de](http://www.gew.de)

### **GEW-Hauptvorstand, Parlamentarisches Verbindungsbüro Berlin**

Wallstraße 65  
10179 Berlin  
Telefon: 030/235014-11 bis -15  
Telefax: 030/235014-10  
E-Mail: [info@buero-berlin.gew.de](mailto:info@buero-berlin.gew.de)

# Antrag auf Mitgliedschaft (Bitte in Druckschrift ausfüllen)

## Persönliches

Frau/Herr

Nachname (Titel)

Vorname

Straße, Nr.

Postleitzahl, Ort

Telefon

E-Mail

Geburtsdatum

Nationalität

gewünschtes Eintrittsdatum

bisher gewerkschaftlich organisiert bei von/bis (Monat/Jahr)

Name/Ort der Bank

Kontonummer

BLZ

## Berufliches

Berufsbezeichnung für Studierende: Berufsziel

Fachgruppe

Diensteintritt / Berufsbeginn

Tarif- / Besoldungsgebiet

Tarif / Besoldungsgruppe

Stufe seit

Bruttoeinkommen Euro monatlich (falls nicht öffentlicher Dienst)

Betrieb / Dienststelle

Träger des Betriebs / der Dienststelle

Straße, Nr. des Betriebs / der Dienststelle

Postleitzahl, Ort des Betriebs/der Dienststelle

## Ihr Mitgliedsbeitrag:

- Beamten und Beamten zahlen 0,75 Prozent der 6. Stufe.
- Angestellte zahlen 0,7 Prozent der Entgeltgruppe und Stufe, nach der vergütet wird.
- Der Mindestbeitrag beträgt immer 0,6 Prozent der untersten Stufe der Entgeltgruppe I des TVöD.
- Arbeitslose zahlen ein Drittel des Mindestbeitrages.
- Studierende zahlen einen Festbetrag von 2,50 Euro.
- Mitglieder im Referendariat oder Praktikum zahlen einen Festbetrag von 4 Euro.
- Mitglieder im Ruhestand zahlen 0,66 Prozent ihrer Ruhestandsbezüge.

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen. Änderungen des Beschäftigungsverhältnisses mit Auswirkungen auf die Beitragshöhe sind umgehend der Landesgeschäftsstelle mitzuteilen. Überzahlte Beiträge werden nur für das laufende und das diesem vorausgehende Quartal auf Antrag verrechnet. Die Mitgliedschaft beginnt zum nächstmöglichen Termin. Der Austritt ist mit einer Frist von drei Monaten schriftlich dem Landesverband zu erklären und nur zum Ende eines Kalendervierteljahres möglich.

## Beschäftigungsverhältnis:

- |   |  |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Honorarkraft           | <input type="checkbox"/> in Elternzeit                             |
| <input type="checkbox"/> angestellt             | <input type="checkbox"/> befristet bis _____                       |
| <input type="checkbox"/> beurlaubt ohne Bezüge  | <input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit ____ Std. / Woche |
| <input type="checkbox"/> beamtet                | <input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit ____ Prozent      |
| <input type="checkbox"/> in Rente / pensioniert | <input type="checkbox"/> Referendariat / Berufspraktikum           |
| <input type="checkbox"/> im Studium             | <input type="checkbox"/> altersteilzeit                            |
| <input type="checkbox"/> Altersteilzeit         | <input type="checkbox"/> Sonstiges                                 |

Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag ermächtige ich die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Ort, Datum

Unterschrift

### wird von der GEW ausgefüllt

GEW-KVI-OV

Dienststelle

Fachgruppe

Kassiererstelle

Tariffbereich

Beschäftigungsverhältnis

Mitgliedsbeitrag Euro

Startmonat

Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband der GEW bzw. an den Hauptvorstand.

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

Vielen Dank!  
Ihre GEW



---

**Fachgruppe**

Nach § 11 der GEW-Satzung bestehen folgende Fachgruppen:

- Erwachsenenbildung
- Gesamtschulen
- Gewerbliche Schulen
- Grundschulen
- Gymnasien
- Hauptschulen
- Hochschule und Forschung
- Kaufmännische Schulen
- Realschulen
- Schulaufsicht und Schulverwaltung
- Sonderschulen
- Sozialpädagogische Berufe

Bitte ordnen Sie sich einer dieser Fachgruppen zu.

**Betrieb/Dienststelle**

Hierunter versteht die GEW den jeweiligen Arbeitsplatz des Mitglieds.

Im Hochschulbereich bitte den Namen der Hochschule/der Forschungseinrichtung und die Bezeichnung des Fachbereichs/Fachs angeben.

**Berufsbezeichnung**

Geben Sie hier bitte Ihren Beruf oder Ihre Tätigkeit an, eingetragen werden sollen auch Arbeitslosigkeit oder Ruhestand.

**Tarifgruppe/Besoldungsgruppe**

Die Angaben Ihrer Vergütungs- oder Besoldungsgruppe ermöglicht die korrekte Berechnung des satzungsgemäßen Beitrags. Sollten Sie keine Besoldung oder keine Vergütung nach BAT erhalten, bitten wir Sie um die Angabe Ihres Bruttoeinkommens.

---



